



gierungsentwurf zu haben, daß wenigstens die Strengezeit seitens der Prinzipale ganz bejaht werden müßte. Sie sollen vielmehr dafür nur einen verschwindend kleinen Betrag vergüten, so daß die Anwendung der Konkurrenzklausele noch immer ein glänzendes Geschäft, das mit einem hübschen Profiten verbunden ist, darstellen würde. Zudem häuft der Entwurf geradezu die Ausnahmen und öffnet so den geriffelten Ausbeutern hundert Hintertüren, durch die sie jederzeit inskande sind, dem Gesetz ein Schnippen schlagen zu können. Auch die Aufrechnung, das Mehr, das der Arbeitnehmer in seiner neuen Stellung verdient, auf jene Entschädigung, ist ein sozialpolitisches Urding. Das mindeste, was an Entschädigung verlangt werden müßte, wäre doch das volle Gehalt, das der Arbeitnehmer bezogen hat, das könnte man wenigstens als eine einigermaßen gerechte Gegenleistung für die wirtschaftliche Beschränkung des Angestellten ansehen. Aber davon ist ja in dem Entwurf keine Rede.

Dafür bringt das neue Gesetz aber noch Ausnahmen zugunsten der Unternehmer. So sollen diejenigen Konkurrenzklausele von der Entschädigung ausgeschlossen sein, die nur für die Dauer eines Jahres und nur für den Umkreis von zwei Kilometern vereinbart sind. Diese Beschränkung reicht vollständig aus, um namentlich im Detailhandel den Unflug weiterwuchern zu lassen wie bisher. Zumeist liegen die Geschäfte eines Beamten selbst in der Großstadt so eng zusammen, daß sie alle in einem Radius von zwei Kilometern zusammenfallen, von den Klein- und Mittelstädten, deren Geschäftsleben sich in wenigen Straßen im Zentrum konzentriert, gar nicht zu reden. Außerdem soll nach dem neuen Entwurf der Prinzipal nach zwischen der Vertragsstrafe und der Erfüllung wählen können. Das bedeutet eine ungeheure Verschlechterung sogar gegenüber dem heutigen Zustand; eine große weitere Konzession an das Unternehmerinteresse. Das Unternehmerum würde es dann gar in der Hand haben, den armen Teufel von Angestellten für die Dauer der Weigerung der Erfüllung hinter schwebende Gardinen bringen zu können. Nicht die Notlage der Angestellten, sondern das nackte Unternehmerinteresse ist also bei der Ausarbeitung des Entwurfs Leitmotiv gewesen.

Der Reichstag wird also den Entwurf gründlich reformieren müssen, wenn das Gesetz die Arbeitnehmer wirklich in etwas vor der Willkür und dem Despotismus ihrer Ausbeuter schützen soll. Die Kommission, der der Entwurf zur Weiterberatung überwiesen ist, wird gründlich Arbeit machen müssen. Die Vertreter der Arbeiterschaft in dieser Kommission werden, das sind wir überzeugt, gewiß alles tun, damit ein brauchbarer Schutz der Arbeitnehmerinteressen herauskommt. Freilich der bürgerlichen Mehrheit ist zuzutrauen, daß sie das ganze Werk nicht nur im Unternehmerinteresse beeinflusst, sondern ganz und gar zu verpfuschen versucht. Kollegen, laßt daher dem Reichstag aufs neue die Forderung in die Ohren gellen:

**Sinweg mit der ganzen Konkurrenzklausele!**

Die Gewerbetreibende bedingt in ihren letzten Konkurrenzklausele auch die Freiheit der Arbeit.

**Was sollen Arbeiterinnen lesen?**

Ueber diese Frage schreibt die Genossin Gertrud Hanna in Nr. 1 der Literatur-Beilage des Correspondenz-Blattes der Generalcommission der Gewerkschaften folgende sehr lehrreiche Ausführungen:  
An Gelegenheiten, gute Bücher umsonst, Leihweise zum Lesen zu erhalten, fehlt es den Arbeiterinnen in der Großstadt nicht. Volksbibliotheken, von sozialdenkenden Menschen geschaffene öffentliche und von der organisierten Arbeiterschaft errichtete Bibliotheken geben ihnen in ausreichendem Maße die Möglichkeit, ihr Lesebedürfnis zu befriedigen. Selbst in kleineren Orten existieren Volksbibliotheken und überall, wo die Organisation der Arbeiter Fuß gefaßt hat, richtet sie jetzt ihr Augenmerk mit Erfolg auch auf die Schaffung von Stellen, von wo aus organisierte Arbeiter Bücher zum Lesen erhalten können.

Wer den Willen und die Zeit zum Lesen hat, findet also heute auch Gelegenheit dazu, selbst wenn ihm die Mittel fehlen, sich Bücher zu kaufen.  
Die Frage der Bücherbeschaffung ist also für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Städten zum Teil schon gelöst, und selbst in ländlichen Gegenden wird jetzt dem in der Arbeiterklasse stärker werdenden Verlangen nach geistiger Kost Rechnung getragen. Hier füllen namentlich die von den Arbeiterorganisationen geschaffenen Wandbibliotheken einen Teil der großen Lücke aus, die in bezug auf die Möglichkeit, Lesestoff, und zwar unentgeltlich zu erhalten, zwischen der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande besteht.

Weit weniger gelöst ist aber die Frage: Was sollen wir lesen? Zwar haben auf diesem Gebiete die modernen Arbeiterorganisationen Wertvolles geleistet, indem sie Zusammenstellungen über empfehlenswerte Schriften veröffentlichten, auch beim Abholen der Bücher den Lesern und Lesefrauen mit Rat zur Seite stehen. Trotzdem wird aber von der Mehrzahl die Auswahl planlos getroffen. Was einem Bekannten gefallen hat, wird ebenfalls gelesen, und in der Hauptsache ist es die unterhaltende Literatur, die beansprucht wird. Der Wert des außerdem noch vorhandenen Lesestoffes ist zu wenig bekannt und noch weniger, wie unerhaltend und anziehend auch die bildende und wissenschaftlich belehrende Literatur ist.

Ganz besonders einseitig in der Auswahl ihrer Lektüre sind wohl die meisten Arbeiterinnen. Während die männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse, soweit sie sich geistig nicht über dem Durchschnitt ihrer Klassengenossen erheben — auch von den Arbeiterinnen haben wir jetzt nur diese im Auge —, doch neben Romanen auch Reisebeschreibungen, Feldzüge, Erzählungen über Land und Leute und, als Folge der Stellung als Berufsangehörige, auch Fachliteratur in der Regel bevorzugen, treffen die Arbeiterinnen fast ausschließlich ihre Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Romanen, Novellen usw. Im günstigsten Falle kommen noch Dichtungen hinzu, unter denen aber die sentimentalsten bevorzugt werden. Selbst beim Zeitunglesen kann man den Unterschied in der Art des Lesestoffes bemerken, den Frauen oder Männer bevorzugen.

Frauen und Mädchen greifen zunächst zur „Geschichte“ und bei der Mehrzahl beschränkt sich der Stoff, den für die Zeitung enthält, auf die Geschichte und die Tagesneuigkeiten. Auf die Ursachen dieser Erscheinung kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, nur soviel sei gesagt, daß sie zurückzuführen sind auf die gesellschaftliche Stellung, die das weibliche Geschlecht seit Jahrhunderten einnimmt und die jetzt erst allmählich einer anderen Platz zu machen beginnt. Die Folge aber ist die für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse so hemmend wirkende

Gleichgültigkeit der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und der übrigen weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse, allen ernteren oder doch über den Rahmen des täglichen Lebens hinausgehenden Dingen gegenüber.

Auch auf diesem Gebiet ist es allerdings gegenüber den Zuständen vor 20, 30 Jahren anders geworden. Nabezu eine Viertelmillion Arbeiterinnen gehören den freien Gewerkschaften als Mitglieder an und in verschiedenen Verbänden beteiligt sich eine Anzahl Arbeiterinnen lebhaft an Agitations- und Verwaltungsarbeiten. Ihre Zahl ist aber im Verhältnis zur Ziffer der Organisierten und vor allem Dingen gegenüber der Zahl der Beschäftigten, äußerst gering. Die Notwendigkeit der Organisation und des Mitwirkens für sie wird eben bis heute noch immer nur von einem kleinen Teil der Beschäftigten anerkannt. Die Haltung der Arbeiterinnen bei Lohnkämpfen kann aber von besentlichem Einfluß für die Verhältnisse im Gewerbe sein. Deshalb ist es notwendig, alles zu versuchen, um auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Dieser Einsicht verschließt sich auch heute keine Arbeiterorganisation mehr.

Nach unserer Meinung könnte der Erfolg der Verberbeit wirksam unterstützt werden, wenn es gelang, die Arbeiterinnen zu veranlassen, in der Auswahl ihrer Lektüre Aenderung einzutreten zu lassen. Nach dieser Richtung zu wirken, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Wir wissen doch alle, daß die wenigsten aus sich heraus, ohne jede Anleitung dazu kommen, zu andern als allgemein bekannten Büchern zu greifen. In den meisten Fällen muß ein Anstoß dazu gegeben sein. Dann allerdings entwidelt sich die Sache bei den intelligenten Menschen meist von selber. Nicht wenige Leser des „Correspondenzblattes“, die heute an leitender Stelle in der Arbeiterbewegung stehen, werden mir hierin recht geben. Vielen von ihnen mag es auch anfangs schwer gefallen sein, der Lektüre wissenschaftlich belehrender Bücher Geschmack abzugewinnen, da die häusliche Erziehung und die der Schule der Proletarierkinder eben nicht ohne weiteres die Vorbereitungen hierfür schaffen. Erst dies ganz allgemein auf die Angehörigen der Arbeiterklasse zu, so in viel größerem Maße auf die weiblichen Mitglieder. Wir kennen alle den Unterschied, den Schule und Elternhaus in der Erziehung zwischen Knaben und Mädchen machen. Die Taifache ist uns allen aber so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie uns nur beim Nachdenken zum Bewußtsein kommt. Dabei ist es auch kein Wunder, wenn von dem alten Jopf, daß es der weiblichen Eigenart nicht entspricht, für Dinge, die auch den Knaben und den Mann interessieren, Neigung zu zeigen, noch immer ein Stück auch in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiterfamilien zu finden ist. Zwar ist der Ausdruck „Mausfrimpf“ für eine Frau, die eine Hochschule besucht oder sich schriftstellerisch betätigt, der jüngeren Generation weniger bekannt, große Verwunderung erregt es aber heute noch, wenn bekannt wird, daß weibliche Angehörige der Arbeiterklasse in ihren Anschauungen und ihrer Betätigung von der großen Masse ihrer Geschlechtsgenossinnen abweichen.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich gesagt, daß auch wir nicht entfernt daran denken, auf die Frauen einzuwirken, ihre weiblichen Eigenarten aufzugeben. Die Frau, die daran gefallen findet und darin auch rein äußerlich die Emanzipation vom Alltagsbetriebe zu bewerkstelligen sucht, wird ganz naturgemäß leicht der Väterlichkeit erbeifallen und ist nicht geeignet, vorbildlich und agitatorisch auf ihre Geschlechtsgenossinnen einzuwirken. Was wir beabsichtigen, ist lediglich, die Arbeiterinnen zu veranlassen, sich frei zu machen von der überlieferten Ansicht, die in der Frau ein von Natur aus geistig

**Johann Gottfried Seume.**

Zählt J. G. Seume auch nicht gerade zu unseren großen Dichtern, so verdient es der allezeit aufrechte und knorrige Mann doch — ganz besonders in unserer Zeit des überhand nehmenden Byzantinismus — aus der Tiefe der Vergessenheit und Gleichgültigkeit wieder emporgelogen zu werden. Sein Leben ist in mehr als einer Hinsicht interessant; es ist ein Stück Zeitgeschichte, was da in abwechslungsreichen Bildern an unseren Augen vorüberzieht.

Er selbst schrieb seine Lebensgeschichte, weil — und das ist kennzeichnend für den Charakter, — er fürchtete, „einem Schalen, geschmaulsten Lobpreis in die Hände zu fallen“.

Am 29. Januar 1763 wurde unser Seume als Sohn eines Landwirts, der auch noch eine kleine Branerei betrieb, in Poßerna in der Nähe von Weßensels geboren. Den väterlichen Schadel scheint er von seinem Vater geerbt zu haben.

Sein Vorgesetzter, der alte Jofst, hatte sich die Feindschaft des Ortschaftlichen zugezogen, zum Teil, weil er aus seinen, für die damaligen Verhältnisse etwas freien Anschauungen kein Hehl machte, dann aber auch, weil er verschiedene Abgaben, die der Seelenhirt von ihm forderte, nicht leisten wollte. Als nun der Greis starb, hielt der Geistliche, „eine wahre Galgenpredigt“, die den Vater Seumes so in Wut versetzte, daß er mit einem spanischen Rodr sich auf den „Mann Gottes“ stürzte und nur mit Mühe von Tütschleiten zurückgehalten werden konnte. Der hieraus entstehende Prozeß kostete den Seumes sehr viel Verrger und Geld. Als nun zu all diesen Placereien auch noch ein Streit mit einem Edelmann kam, siedelte die Familie über in die Gegend von Leipzig. Aber auch hier wollte sich das Glück nicht einstellen, und als der alte Seume starb, hin erließ er seine Familie in den dürftigsten Verhältnissen.

Die Hungersnot der Jahre 1770/71 hatte auch

das übrige dazu beigetragen, die Seumes zu keinen grünen Zweig mehr kommen zu lassen.

Der talentvolle Johann Gottfried hätte wohl aber über ein Handwerk lernen müssen, wenn seine Vergebung nicht einem menschenfreundlichen Gutsbesitzer, dem Grafen Hohenzollern-Knauthen aufgefunden wäre. Dieser nahm sich des Jungen an und ließ ihn studieren. Nachdem er einige Jahre eine Lateinschule in Worna besucht, kam er nach Leipzig auf die Nikolaischule. Hier hatte der eigenwillige Onkel manchen Strauß auszukämpfen mit dem pedantischen Rektor Mariini. Nach ein paar Jahren schon erfuhr Jof. Gottfried seinen Gönner um Verlegung an eine andere Schule. Bei der Prüfung stellte sich heraus, daß er trotz alledem doch so viel gelernt hatte, um sogleich die Universität beziehen zu können.

Mit 5 Talern monatlich konnte er jetzt als Student sich durchschlagen. Er selber schreibt, daß er in dieser Zeit von seinen 5 Talern noch 4 ins Theater getragen habe. So groß war seine Leidenschaft, daß er tagelang trodenes Brot aß, um irgend einem Lieblingschauspisler zuzuhören. Um jene Zeit warf auch die „Auswanderung“ ihre Wellen nach Leipzig. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch Jof. Gottf. Seume von ihr beeinflußt wurde, und so sehen wir ihn hier in den schönsten Gewissenszustand hineintreiben. Er war von seinem Wohltäter zum Geistlichen bestimmt, freilich ohne daß er danach gefragt worden wäre und war doch schon jetzt nicht mehr fest im Glauben. Und da von Kindheit an nicht gewöhnt war, mit seiner Ueberzeugung oder Meinung hinter dem Berge zu halten, regnete es ihm Wünsche. Bezeichnend für die Engberzigkeit jener ist es auch, daß man ihm das Vaden im Freien zum Vorwurf machte.

Nach vielen inneren Kämpfen sah er, der sich nicht binden wollte, die Gottlosigkeit seiner Lage ein und beschloß, sein Glück in der weiten Welt zu versuchen. Ohne irgend jemand auch nur ein Erbvertröbriehen anzuvorsetzen, machte er sich auf den Weg nach Paris.

Sein ganzes Bargeld waren 9 Taler. „Den Deget an der Seite, einige Hemden aus dem Leibe und im Reisefackel und einige Klaffler (Griechen und Römer, der Veri.) in der Tasche, marschierte ich zwar ganz rüftig und leicht, aber nichts weniger als ruhig durch die Dörfer“, sagt er in seiner Biographie. Seine Reise sollte indessen auf eine gewaltsame Weise eine andere Richtung bekommen. Der „deutsche Fürst und Landesvater“, der damalige Landgraf von Hessen-Kassel, ließ Seume aufgreifen und ihn mit vielen anderen „Landeskindern“ nach Amerika transportieren: Er war für gleichendes Geld an die Engländer verkauft worden. Diese gebräuteten damals für ihren Krieg mit den Nordamerikanern Kanonensputter und die deutschen Fürsten von „Sofes Enaben“ verkauften ihnen, „schweren Herzens“, natürlich, die lebende Ware. Viele Millionen sind es, die damals diese fauberen Landesväter aus jenem Skavenhandel gewonnen haben. Sie brauchten diese Gelder, um — ihre Maitressen „fürsüch“ zu bezahlen. Friedrich Schiller hat diesem Treiben in „Kabale und Liebe“ ein unauslöschliches Brandmal ewiger Schande aufgedrückt.

Zunächst ging die Reise über Biegenhain nach Kassel, wo uns der alte Bettelauer in höchst eigenen Augenblicke nahm“. . . Durch sein entscheidendes Auftreten war es Seume unterwegs möglich, für seine Kameraden und sich einige Verbesserungen in der Beköstigung durchzusetzen. Zu allem Uebel wurden nämlich die Leute auch noch von betrügerischen Marktederern benachteiligt. Im Hafen angekommen, wurden dann alle unter Kniffen und Wäffen gezwungen, in ein Hoch auf den König (von England) einzuklinken. In den engen Räumen der englischen Transportschiffe wurden nun die armen Verkauften nach Seumes eigenen Worten wie die Heringe eingepackelt. In Beschlägen, die Waß für vier Mann hatten, wurden sechs hineingepreßt. Da obenreht die Kost durchaus ungenügend war, vieles von Wirmern und Maden wimmelte, auch das Trintwasser faul und stinkend war





dentag (Dr. Zabel); Die Arbeiterschulgesetzgebung (H. Umbreit); Das Kinder- schutzgesetz (Räte Dunder); Das proletari- sche Kind (Otto Nöhle); Die deutschen Arbeiterinnenschutzgesetze (Allice Salo- mon); Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche (H. Schmidt); Die Reform der Arbeiterversicherung (H. Schmidt); Die Witterungsverficherung (Willy Braun); Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes (Luise Bieh); Der Kampf um die Reichsversicherungs- ordnung (Born-Verlag).

In der Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung ist absichtlich davon abgesehen, die vorhandenen Gesetze zum Studium zu empfehlen. Um sich aus diesen über die betreffenden Materien aus- reichend zu informieren, ist mehr als bloßes auf- merksames Lesen erforderlich. Es steht vielmehr bereits vorhandenes großes Verhältniß für die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und das, was ihnen not tut, voraus. Für Arbeiterinnen, die sich in dieser Weise betätigen, dürfte also ein Hinweis auf die Notwendigkeit sorgfältiger Auswahl ihrer Lektüre nicht mehr nötig sein. Ausdrücklich sei aber hervor- gehoben, daß beherrschende Artikel über den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung in großer Zahl im „Correspondenzblatt der Generalkommission“, der „Gleichheit“, den „Sozialistischen Monatsheften“, der „Neuen Zeit“, der „Arbeiter-Jugend“ sowie in den Gewerkschaftsblättern vorhanden sind. Das von der G.-K. herausgegebene Literaturverzeichnis weist diese und auch andere für Arbeiterinnen wichtige Artikel in großer Zahl nach.

**Naturwissenschaft:**

Die Darwinische Theorie (Ed. Abel- ling); Der Stammbaum der Tiere (W. Wölfler); Die Abstammung des Menschen (W. Wölfler); Die Schöpfungsgeschichte des Lebens (W. Wölfler); Moses oder Darwin (M. Dodel); Geologie (M. Gelfe); Unser Wald (Gurt Grottel); Die Ge- schichte der Erde (Dörmel).

**Unterhaltende Literatur:**

Die Werke unserer Klassiker: Goethe, Schiller, Lessing, Heine. Werke moderner Dichter: Züken, Hornon, Hauptmann, Sudermann. Ein Stücklein (Wellau); Der blinde Passa- gier (Gyth); Sinter Flug und Schrauf- stock (Gyth); Als ich noch der Waldbau- ernhub war (Hofegger); Der Adlerwirt von Kirchbrunn (Hofegger); Als ich das erste Mal auf dem Dampfswagen saß (Hofegger); Die Waffen nieder (W. v. Suttner); Die Gattertheil (Otto Ludwig); Aus dem Regen in die Traufe (Otto Ludwig); Die Albigenser (M. Lenau); Michael Kohlhass (H. v. Kleist); Amphitryon (H. v. Kleist); Der grüne Heinrich (Gottfried Keller); Züricher Novellen (Gottfried Keller); Föhn Uhl (G. Frenssen); Peter Moors Fahrt nach Südwest (G. Frenssen); Die Judenbuche (v. Droste-Hülshoff); Un- ruhige Gäste (W. Raabe); Der Sumpf (Sinclair).

**Die Könige der deutschen Industrie!**

Deutschlands wirtschaftlicher Aufschwung, seine Umwandlung aus einem Agrar- in einen Industrie- staat setzte um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Industrielle Werke wurden in Massen errichtet, ungeheure Kapitalien mußten dafür zusammengebracht werden. Und zahllose Banken, die Funktionen des Geldverkehrs, nahmen damals ihre Tätigkeit auf, um alle an den Geldmarkt gestellten Ansprüche befriedigen zu können. Der Milliardenengpaß nach dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 regte die Gründertätigkeit ungemein an, und die Folge davon war die Entstehung neuer großer Bankinstitute. So wurde z. B. um diese Zeit die Deutsche und die Dresdner Bank gegründet, mit Kapitalien, die uns heute geradezu lächerlich gering erscheinen. Aber in schnellstem Wachstum vergrößerten sie sich und gleich- zeitig dehnte sich der Kreis der von den Banken ge- tätigten Geschäfte immer weiter aus. Um die Jahr- hunderte nahmen die Expansion einzelner Banken ungeheure Dimensionen an. Vor allem vergrößert

ten die Berliner Banken ihr Machtgebiet. Ueber ganze Provinzen erstreckten sie ihre Fangarme, und eine Provinzbank nach der anderen sah sich genötigt, Interessengemeinschaften oder Fusionen mit den über- mächlichen Berliner Konkurrenten einzugehen. Heute stehen fast alle deutschen Banken von irgend welcher Bedeutung unter der Direktion der Berliner Groß- banken, die also nun den ganzen deutschen Kapital- markt beherrschen. Fast das gesamte deutsche Ban- geschäft ist im Laufe der letzten 15 Jahre in Berlin zentralisiert worden.

Es gibt heute in Deutschland 158 Kredit- banken auf Aktien, die mehr als 1 Million Mark Aktienkapital besitzen. 19 von diesen Banken besitzen über Aktienkapitalien von 50 Millionen Mark oder mehr, und zwar hatten 3 Institute, die alle in Berlin domizilieren, je 200 Mill. Mark, 4 von 110 — 160 Millionen Mark und die übrigen unter 100 Millionen Mark Kapital.

1883 arbeiteten in Deutschland erst 71 Kredit- banken mit zusammen 705,6 Millionen Mark. Während damals auf jede Gesellschaft ein Kapital von rund 10 Millionen Mark entfiel, so heute ein solches von 18½ Millionen Mark. Die Zahl der Unternehmen verdoppelte sich also, gleichzeitig aber auch das auf jedes einzelne entfallende Aktienkapital. Es beträgt für die jetzt bestehenden Kreditbanken mit über einer Million Mark Kapital rund 3 Mil- liarden Mark. Verwaalteten die 71 Kredit- banken des Jahres 1883 erst rund 2 Milliarden Mark, so verfügen die 158 heutigen über 16½ Mil- liarden Mark. Jedes Millioneninstitut hat nun also viermal so viel Gelder in seiner Gewalt als wie vor 3 Jahrzehnten!

Von den 16½ Milliarden Mark, die jetzt in der Verfügungsgewalt von 158 Kreditbanken sich befinden, entfallen rund 1/6,

13 023 Millionen Mark auf 9 Groß- banken in Berlin!

Folgende Aufstellung zeigt, wie sie sich darin teilen und bringt gleichzeitig zum Vergleiche ihre Aktienkapitalien und letzten Dividenden:

	Bewährte Gelder, Mill. M.	Aktien- kapital, Mill. M.	Letzte Divid. pSt.
Deutsche Bank	4 788	200	12½
Diskonto-Gesellschaft	2 630	200	10
Dresdner Bank	1 863	200	8½
Bank für Handel und Industrie	1 199	160	6½
M. Schaaffhausen	787	145	7½
Berliner Handelsgesellschaft	562	115	9½
Commerz- und Diskontobank	501	85	6
Nationalbank für Deutschland	482	90	7
Mitteldeutsche Kreditbank	231	60	6½

Die ungeheure wirtschaftliche Macht, die mit solchen Summen in die Hände der Banken gelegt ist, haben diese natürlich weidlich für ihre Profitinter- essen auszunutzen verstanden. Vor allem gelang es ihnen im größten Umfange, sich die deutsche Groß- industrie zinspflichtig zu machen, welche heute fast gänzlich unter Bankkontrolle steht. Das geht z. B. klar hervor aus der Zusammenfassung der Aufsichtsräte industrieller Aktiengesellschaften. Von den Ber- liner Großbanken hielten 1911 besetzt: die Deutsche Bank 159 Aufsichtsratsposten, der M. Schaaffhausen- sche Bankverein 148, die Diskontogesellschaft 143, die Bank für Handel und Industrie 132, die Berliner Handelsgesellschaft 123, die Dresdner Bank 120, die Nationalbank 101 und die Commerz- und Diskontobank 35. Insgesamt haben diese Banken über 1000 Aufsichtsratsstellen inne. So ist z. B. die

**Dresdner Bank**

in den Aufsichtsräten folgender Unternehmen ver- treten: Seltentirchner Bergwerks A.-G., Derrich- Zuzenburg, Bergwerks- und Hütten A.-G., Phönix, Harpener Bergbau A.-G., Rheinische Stahlwerke, Königs- und Laurahütte, Dreistein und Koppel, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Deutsch-Uebersee- lische Elektrizitätsgesellschaft, Felten- und Guillaume, Große Berliner Straßenbahn usw., in insgesamt rund 200 A.-G. mit einem

Gesamtkapitale von 2610 Mill. Mark.

Die allerbestimmtesten Namen aus der Großin- dustrie prangen auf der Liste, und man kann sagen, daß sie mehr oder minder von Berlin aus geleitet werden, vom Finanzmann an der Spree!

Fragt man nach der Ursache, welche die In- dustrie in die bestehende Abhängigkeit von den Ban-

ken brachte, so gibt es nur eine Antwort: sie ist in ihrer beispiellos reichen und riesigen Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten, ihrem ungezügelten Ex- pansionsdrang zu suchen. Die Produktion wuchs un- geheuer, immer gewaltigere Fabrikationsanlagen mußten errichtet werden, eine technische Neuerungen folgte der anderen. Ihre Einführung kostete jedesmal riesensummen. Den Banken fiel die Aufgabe zu, sie zu beschaffen, der Industrie mit ihrem Kredit zu dienen. Natürlich entledigten sie sich der an sie ge- stellten Forderungen nicht um der schönen Augen ihrer Auftraggeber willen. Kleineren Unternehmen halfen sie gegen Lombardierung (Verpfändung) ihrer Warenlager. Größere Firmen erhielten Wechsel- und Akzeptkredit. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte durch die helfenden Banken, die ferner zur Kon- trolle der Geschäftsführung Einsicht in die Geschäftsbücher, dazu Aufsichtsratsposten verlangten, waren der freundlichen Helfer Lohn.

Aktiengesellschaften, die neu ins Leben treten, sind zum Betriebe ihrer Aktien, Obligationen usw. von vornherein auf die Hilfe der Banken angewiesen. Diese verlangen für ihre Unterstützung selbstverständ- lich entsprechende Requirate. Fallen durch irgend welche Ereignisse, etwa in Zeiten wirtschaftlicher De- pression, die Kurse von Industriebörsen, so ver- mögen nur die Banken durch ihre Intervention den Sturz zu mildern resp. aufzuhalten. In solchen Fällen kommt es meist zu einer Interessengemein- schaft zwischen der Industrieergesellschaft und der helfenden Bank, die dabei auf die Geschäftsführung immer größeren Einfluß gewinnt.

Dieser ist schon so gewaltig, daß die Banken industrielle Großunternehmungen zu Fusionen und Interessengemeinschaften zwingen können. Diegen zwei Fabriken, die von verschiedenen Banken unerrichtet werden, im Konkurrenzampfe, so werden sie ver- suchen, sich durch Preisunterbietungen u. d. gegen- seitig den Rang abzulaufen. Damit aber Schaden sie schließlich ihrer Rentabilität. Nun greifen die Banken, die sich bald verständigt haben, in der Weise ein, daß sie ihre Schlingel zu Preisvereinbarungen z. zwingen. Und siehe da! Der Reim zu einem Kar- tell ist gepflanzt!

Zu allerlei profitbringenden Geschäften wissen die Banken ihre Macht über die Industrie auszu- nutzen, ohne daß sie dabei einen Pfennig Untzöhen haben. Bleiben sie z. B. genügenden Einfluß im Aufsichtsrate eines Unternehmens und etwa einen Posten Aktien von diesem, die sie mit ordentlichem Aufpreise verkaufen möchten, so lassen sie durch ihre Repräsentanten im Aufsichtsrate die nächste Dividende höher als wie auf der Börse erwartet, festsetzen. Als Folge davon steigen die Kurse der Papiere — und die Banken können sie gewinnreich abstoßen. Wollen sie dagegen Aktien des von ihnen beaufsichtigten Un- ternehmens billig an kaufen, so gehen sie auf ent- gegengesetzte Weise vor. Ihre Vertrauensmänner in dem Aufsichtsrate müssen dann die Dividende nied- riger als erhofft ansehen lassen; nun sinken die Kurse der Aktien und die Banken können sie billig erwer- ben. Im nächsten Jahre treiben sie die Kurse wieder zurecht beschriebenen in die Höhe, um dann ihre Pa- piere profitabel verkaufen zu können. Und das wiederholt sich dann in ewigem Weigen und läßt Ströme Goldes in die Banktresors fließen.

Aus tausend Blüten wissen die Banken Honig zu saugen. Die angeführten Beispiele lassen beweis erkennen, welchen gewaltigen Einfluß sie bereits jetzt auf das deutsche Wirtschaftsleben gewonnen haben. Und von Jahr zu Jahr steigt ihre Macht. Wer weiß, wie lange es noch dauern, und die führenden Berliner Großbanken schweigen sich insgeheim zu einem mächtigen Ringe zusammen, dessen Mitglieder nur noch nach außen als selbständige Firmen er- scheinen. Dann wird Deutschlands Industrie und Handel von einer Zentralfeste aus geleitet, der sie zinspflichtig sind. Aber dann sind wir auch einem gewaltigen Schritt weiter auf dem Wege der sozialen Revolution, zur kommenden Vorgesellschaftung aller Produktionsmittel.

Die Arbeiter haben deshalb keinen Anlaß, sich sonderlich über die geschilderte Entwicklung aufzu- regern! Sie ebnet ihnen eben die Wege zur sozia- listischen Gesellschaftsordnung, in der es unmöglich sein wird, daß Millionen und Abermillionen kaum das Notwendigste zum Leben ertingen können, wäh- rend unendliche Reichtümer in den Händen Weniger bereinigt sind!



Samburg. Privat- und Geschäftshauffeure. Ver- sammlung am 14. Januar. Der erste Punkt der Tagesordnung mußte, da der Referent nicht erschie- nen, zurückgestellt werden. Dann beantragte Kol- lege W., die Versammlungen in Zukunft in einem anderen Lokale abzuhalten, weil das Gewerkschafts- haus für die Kollegen sehr unangünstig liege. Es wurde beschlossen, die Versammlungen bei Eidelberg abzu- halten. Die Kollegen G. H. und St. wünschten die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung für Chau-

ffeur. Dieser Antrag wurde, nachdem G. und H. dagegen gesprochen, abgelehnt und der Beschluß ge- faßt, Betriebsagitation einzuleiten. Scharf gerügt wurde, daß die Kollegen aus der Neuen Gesell- schaft es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Zum Schluß schilderte Kollege Ch. das Wesen und die Bedeutungslosigkeit der Chauffeur- Vereine und fordert zu reger Agitation für den Ver- band auf, da nur Letzterer im Stande sei, für die Kollegenchaft erfolgreich tätig zu sein und ersucht nochmals um zahlreiche Beteiligung an der Be- triebssagitation. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Das Kraftfahrwesen in Nürnberg. Interessant sind die kürzlich vom hiesigen Stadtmagistrat der Münchener Polizeidirektion übersandten Nachweisungen über den Bestand an Kraftfahrzeugen in Nürnberg

am 1. Januar 1913. An diesem Tage wurden in unserer Stadt insgesamt 701 Kraftfahrzeuge gezählt, und zwar 128 Krafträder, 43 Kraftwagen bis zu 8 Pferdestärken, 170 Kraftwagen von 8—16 Pferdestärken, 325 Kraftwagen von 16—40 Pferdestärken und 30 Kraftwagen mit mehr als 40 Pferdestärken. Von diesen 701 Kraftfahrzeugen dienen 479 der Personen- und 222 der Lastenbeförderung. Von den 128 Krafträdern werden 124 zur Personenbeförderung und nur 4 zur Lastenbeförderung verwendet. Außerdem befinden sich unter den 479 Personenkraft- fahrzeugen nicht weniger als 230 Kraftwagen mit 16—40 Pferdestärken. Unter den 222 Lastkraftfahr- zeugen sind 94 Kraftwagen von 8—16 Pferdestärken und 95 Kraftwagen von 16—40 Pferdestärken. Auch auf die Frage nach dem Verwendungszwecke gibt uns die Zusammenstellung Aufschluß. Von den 479



Personen Kraftfahrzeugen sind vorzugsweise Verwen-  
dung 3 Kraftwagen mit 16-40 Pferdestärken im  
Dienste der Post (Motorpost Nürnberg-Erlangen),  
74 im öffentlichen Fuhrverkehre (Droschken, Omnibusse),  
darunter 60 Kraftwagen mit 16-40 Pferdestärken,  
ferner 135 für die Zwecke des Handelsge-  
werbes und sonstiger Gewerbebetriebe, 6 für andere  
Zwecke (z. B. für Verzie, Feldmesser usw.),  
schließlich 261 - auch bei weitem die Mehrzahl -  
für Vergnügungs- und Sportzwecke, darunter 82  
Kraftwagen und 116 Kraftwagen mit 16-40 Pferdestärken  
von den 222 der Lastenbeförderung dienenden  
Kraftfahrzeugen stehen 17 im Dienste der öffent-  
lichen Behörden und 205 im Dienste des Handels-  
gewerbes und sonstiger gewerblicher Betriebe. Von  
den Kraftfahrzeugen treffen 11 Kraftwagen und  
3 Krafttrader auf die Post und 3 Kraftwagen auf  
die Stadtverwaltung, darunter 1 Feuerwehrfahrzeug  
und 1 Sprengwagen. Die Gesamtzahl der Kraft-  
fahrzeuge in Nürnberg ist von Jahr zu Jahr ge-  
stiegen. Es waren vorhanden 1908 376, 1909 435,  
1910 474, 1911 514, 1912 568 und 1913 701 Kraft-  
fahrzeuge. Der Zugang vom 1. Januar 1912 bis  
1. Januar 1913 mit 133 Kraftwagen ist besonders  
auffallend. Im Gegensatz zu den Kraftwagen ist die  
Zahl der Krafttrader von Jahr zu Jahr zurückge-  
gangen; 1908 wurden noch 217, 1913 nur noch 128  
gezählt. Die jährliche Gesamtumkehr der Kraftfahr-  
zeuge ist vor allem auf den Zugang an Kraftfahr-  
zeugen zurückzuführen. An öffentlichen Kraftfahr-  
zeugen waren am 1. Januar 1913 74 vorhanden,  
während sich der Bestand an öffentlichen Kraftfahr-  
zeugen noch 1908 auf 21, 1910 auf 45 und 1912  
auf 67 belief. Die 1. Post hat im Stadtbezirk Nürn-  
berg insgesamt 17 Kraftfahrzeuge in Betrieb, näm-  
lich 3 Krafttrader, 3 Personenkraftfahrzeuge (Mo-  
torpost Erlangen) mit je 35 Pferdestärken, 1 Last-  
kraftfahrzeug mit 22 Pferdestärken und 7 Kraftfahr-  
zeuge mit je 28 Pferdestärken.

Kollegen Forderungen stellen. Auf einmal waren  
alle Unternehmer einig, das heißt einig darin, die  
Kollegen mit ihren Forderungen abzuweisen. Aber  
es hätte den Herren alles nichts, die Putzer waren  
alle organisiert und das war unser Vorteil. Nun  
kam es zu Verhandlungen, die dreimal abgebrochen  
wurden, weil die Unternehmer zu wenig Entgegen-  
kommen zeigten. Darauf drohten die Herren mit  
der Aussperrung, aber als man sah, wie standhaft  
die Putzer blieben, bot man nochmals Verhandlungen  
an. Diese waren zwar sehr stürmisch, aber nachdem  
einige Punkte abgeändert und reduziert, wurde der  
Abschluss perfekt, mit der Bedingung, daß auch die  
Firmen, wo noch der alte Tarif besteht, ab 1. Janu-  
ar sich den Einheitsstarif anschließen, was auch  
zustande kam. Mit diesem Fortschritt können wir  
zufrieden sein. Hier zeigt es sich wieder wie wert-  
voll die Organisation für jeden einzelnen ist. Was  
vorher durch langes Bitten nicht erreicht wurde,  
konnte auf einmal durch Geschlossenheit herausgeholt  
werden. Was für uns am meisten in Betracht kommt,  
ist, daß die Unternehmer das Koalitionsrecht der  
Putzer anerkennen. In der Diskussion schilderten  
einige Kollegen aus der Lohnkommission ein wie  
schweres Stück Arbeit das gewesen sei, die Unter-  
nehmer zum Abschluss des Tarifes zu bringen. Dann  
wurde das Verhalten der Kollegen bei der Firma  
Schmidt kritisiert. Diese haben sich trotz Wochenlohn  
den Feiertag abgeben lassen, obwohl Herr Schmidt  
dieses Tag einarbeiten ließ. Aber damit kann und  
darf die Organisation nicht zufrieden sein, sie wird  
Herrn Schmidt begreiflich machen müssen, daß es Ab-  
züge vom Wochenlohn nicht gibt, zumal die Putzer  
immer ihre Touren eingearbeitet haben. Zum Schluß  
forderte der Sektionsleiter die Kollegen auf, ihre  
Pflicht zu erfüllen, damit Beschwerden beiderseits er-  
spart bleiben. Das Errungene festzuhalten, sei Auf-  
gabe der Kollegen. Dann Schluß der Versammlung.

heimfen, werden die geschlichen Bestimmungen seit  
dem Jahre 1902 ununterbrochen übertreten. Wie  
stehen auf dem Standpunkt, daß der Eintastierer in  
jeder Familie auch an den Wochentagen die Räte ab-  
holen kann und daß er das Geld auch bekommt,  
wenn gleich beim Abschluß des Geschäftes dem Kunden  
gelagt wird, der Eintastierer kommt an diesem  
oder jenem Tage. Bedauerlicherweise wird aber in  
den meisten Geschäften der Kundschaf gleich beim  
Kauf der diesbezüglichen Gegenstände gelagt, der  
Eintastierer kommt am Sonntag. Daher kommt es,  
daß am Sonntag 70-100 Kunden besucht und die  
Eintastierer hierherzubekommen. Wenn nun ganz  
und gar die Schlafburichen nach Ansicht einzelner  
Firmen eine Sonntagsarbeit bedingen, dann wäre es  
schon richtiger, wenn man an Schlafburichen über-  
haupt nichts verkaufen würde, denn erstens würden  
diese jungen Leute nicht zum leichtsinnigen Handeln  
angehalten und zweitens würden dieselben für ihre  
sauer verdienten Groschen keine „Steiniger Stapel-  
ware“ erhalten, welche teurer bezahlt werden muß;  
denn nur die Schlafburichen laufen doch meistens  
„Anzüge“ oder „Paletots“ auf Abzahlung. Unseres  
Parole:

„Hinweg mit der Sonntagsarbeit“

wird nicht verurteilen, sondern wir werden diesen  
Auf noch viel lauter ertönen lassen und nicht eher  
rasten, bis unser Ziel, die vollständige Sonntags-  
ruhe, erreicht ist. Den Firmen Damit, Schöpfle,  
Krause, Bindo, Alle Tage Anders, Kttauer, Bedner,  
Weiser, Kurzberg, Fabian, Gröh, Bachmann u. Co.,  
Pärsich, Glögan usw., welche an den letzten Sonnt-  
agen, wieder beim Kassieren während der verbotenen  
Zeit beobachtet wurden, werden wir in allerhöchster  
Zeit durch unsere Kontrollkommission einen Den-  
zettel verabfolgen lassen.

Wenn wir bereits mehrere Male behaupteten,  
daß die genannten Geschäftsinhaber auf die erlassenen  
Gesetze und Verfügungen pfeifen und gar nicht daran  
denken, dieselben zu beachten, so darf man sich aller-  
dings nicht wundern, daß es Amtsanwälte bezw. Ge-  
richte gibt, die diesen permanenten Gesetzesübertretern  
gegenüber die allergrößte Milde walten lassen, das  
heißt, daß es Amtsanwälte gibt, die durch ihre  
weisen Entscheidungen die Firmen geradezu auffor-  
dern, die Gesetze nach wie vor ruhig weiter zu über-  
treten. Durch diese Entschiede des Amtsanwaltes  
werden die zur Anzeige gebrachten Firmen in ihrem  
vorpflichtigen Erleben noch unterstützt, wenn man auf  
Grund einer Aussage eines Geschäftsführers oder  
Firmenhabers, wonach derselbe seinen Eintastierern  
das Einziehen von Raten nur in den freigegebenen  
Stunden erlaubt hat, einfach das Strafverfahren ein-  
stellt. Eigentlich darf man sich darüber nicht wundern.  
Diese mit allen Feinheiten ausgestatteten Herren Ge-  
schäftsführer, Oberkassierer usw. verstehen es aus-  
gezeichnet, nicht nur die Angestellten und die Kundschaf  
an der Nase herumzuführen, sondern auch der Amts-  
anwaltschaft die Wahrheit vorzuenthalten.

Einige von diesen höchst forderbaren Entscheidun-  
gen wollen wir etwas genauer unter die Lupe  
nehmen und durch unsere Kritik der Amtsanwaltschaft  
die Augen ein wenig öffnen.

I. Auf die Anzeige vom 13. 8. 1912.  
Das Ermittlungsverfahren gegen die Firma Cohn  
wegen Gewerbeübertretens habe ich eingeleitet. Die  
Behauptung des verantwortlichen Geschäftsführers,  
des Kaufmanns Beckwin, er habe den Kassierer  
Barabas nicht beauftragt, an Sonntagen zu kassieren,  
sondern Barabas habe eigenmächtig und ohne sein  
Wissen gehandelt, kann nicht widerlegt werden, da  
Barabas nicht zu ermitteln ist.

Hierzu bemerken will: a) Der Ge-  
schäftsführer Dörrwin hat hier behauptet die Unwahr-  
heit gelagt, denn der Kassierer Barabas ist gerade als  
Sonntagskassierer eingestellt worden und mußte als  
solcher gerade am Sonntag seine nicht allzu kleine  
Tour erledigen.

b) Nach Angabe des Amtsanwaltes ist der  
Kassierer Barabas nicht zu ermitteln. Nach unseren  
Feststellungen und nach schriftlicher Auskunft des Ein-  
wohnerbeamten der Stadt Neustadt wohnt der  
Kassierer Barabas heute noch in seiner alten Woh-  
nung in Neustadt, Fontanestr. 18 v. 1.

II. Anzeige vom 26. 9. 1912.  
Auf Ihre Anzeige vom 26. 9. 1912 gegen die  
Firma Damit bezw. deren Geschäftsführer, den Kauf-  
mann Häusler, wegen Verschäffigung von Kassierern  
an den Sonntagen nach 10 Uhr vormittags teile ich  
Ihnen mit, daß ich das Verfahren eingestellt habe.  
Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Hilfs-  
kassierer G 5 u 8 und dessen Gehraue ohne Wissen des  
Beschuldigten und gegen dessen Anordnung an Sonnt-  
agen nach 10 Uhr kassiert haben.

Eine strafbare Handlung hat Häusler daher nicht  
nachgewiesen werden können.

Auch in diesem Falle können wir nicht umhin,  
die wirkliche Wahrheit an das Licht zu bringen.  
Schon der Umstand, daß der Hilfskassierer G  
seine Gehraue nach mit beschäftigten mußte, sind Be-  
weis dafür, daß derselbe eine derartige große Tour  
zu erledigen hatte, die er allein nicht schaffen konnte.  
Wahrscheinlich ist dem Herrn Häusler auch heute noch nicht  
bekannt, daß seine Eintastierer, auch die Ausschifer,  
nach wie vor am Sonntag 6-8 Stunden arbeiten  
müssen, um ihre Touren zu erledigen. Auch heute  
gehen die Frauen und sonstigen Verwandten noch  
am Sonntage mit auf die Tour. Vielleicht ertundigt  
sich Herr Häusler einmal bei seinen Eintastierern  
F. G. B. Gebr. G. u. a. etwas genauer, wie lange  
dieselben am Sonntage arbeiten müssen?

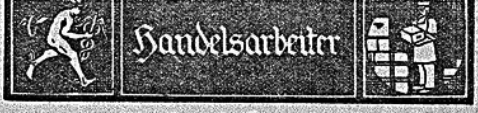
III. Anzeige vom 19. 10. 1912.  
Auf die Anzeige vom 19. 10. 1912 gegen den  
Inhaber oder Geschäftsführer der Firma Julius



Berlin. Die in den Weißbierbrauereien tätigen  
Kollegen waren am Freitag, den 17. April zahlreich  
versammelt, um zu dem am 30. April 1913 ablaufenden  
Tarifvertrag Stellung zu nehmen. Der Tarif-  
vertrag wurde im Mai 1910 geschlossen zwischen den  
Verbänden der Transportarbeiter, der Brauerei- und  
Mälzereiarbeiter, dem Verband der Böttcher und dem  
Verband der Maschinen- und Heizer einerseits und  
dem Verein der Berliner Weißbierbrauereien und eini-  
gen dem Verein nicht angehörenden Brauereien ander-  
seits. In eingehender Weise schilderte der Referent  
die Lage der Kollegen in den Weißbierbrauereien. Er  
wies besonders auf die in den letzten Jahren stattge-  
fundnen Ausfallungsprozesse im gesamten Brauergewerbe  
hin und erläuterte die dadurch entstandene Arbeits-  
losigkeit in genannter Branche in anschaulicher Weise.  
Daß aber die Brauereien die getroffenen Vereinbarun-  
gen vielfach nicht innehielten, machte es jedem Kollegen  
zur Pflicht, einer Kündigung des Tarifes seine Zu-  
stimmung zu geben. Es wurde weiter mitgeteilt, daß  
am Anfang Januar eine Vertrauensmännertkonferenz sich  
mit dieser Frage in erschöpfender Weise beschäftigt habe  
und diese in Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen  
Lage und in Rücksicht auf die Auslegung einzelner  
Punkte im Tarif zumgunsten der Kollegen durch die  
Brauereien beschlossen habe, den Kollegen die Kündi-  
gung zu empfehlen. Die Versammelten erklärten sich  
einstimmig für die Kündigung des Tarifes und wählte  
eine Kommission, um gemeinsam mit den in Frage  
kommenden Organisationen die Lohnbewegung einzu-  
leiten. Die Kündigung ist inzwischen nach Verstän-  
digung mit den genannten Organisationen erfolgt. Es  
wird nun Aufgabe der Kollegen sein, die Fragebogen  
umgehend auszufüllen und zurückzusenden. In den  
nächsten Tagen wird die gewählte Lohnkommission zu-  
sammentreten, um die neuen Forderungen zu beraten.



Breslau. Sektions-Versammlung. Wenn vor der  
Lohnbewegung die Bestimmungen immer gut beachtet  
waren, in der Erwartung, daß es möglich sein werde,  
alles zu erreichen, was der Einheitsstarif verlangt,  
so war dies leider bei Abschluß des Tarifes nicht  
der Fall. Die größten Nachteile, wie Schmidt, März,  
Stach und Landsberger waren am härtesten ver-  
treten. Diese Kollegen glauben viellecht, nachdem  
alles unter Dach und Fach gebracht ist, daß sie es  
nicht mehr nötig haben, an den Versammlungen teil-  
zunehmen. Der Sektionsleiter sprach über den Ab-  
schluß des Einheitsstarifes. Er ging näher darauf  
ein, wie nötig es sei, in allen Betrieben gleiche Be-  
zahlung und Arbeitszeit einzuführen, damit die Kol-  
legen vor Schaden bewahrt werden, wenn sie die  
Stellungen wechseln. Auch für die Unternehmer sei  
der Tarif wertvoll, denn viele wollten es ja schon  
immer haben, daß keiner von ihnen billigere Ar-  
beitskräfte bekommt. Dadurch soll ja die Schmutz-  
konkurrenz aufgehoben, wenn alle gleichmäßig bezahlt  
müssen. Aber was haben wir erleben müssen, als  
der Tarifentwurf eingereicht wurde, wenn vorher alle  
wie Hund und Raue aufeinander losgingen, so sollte  
es dann anders kommen, in dem Augenblick, wo die



§ 105b der Gewerbe-Ordnung, das Orts-  
statut der Stadt Berlin vom 14. Ok-  
tober 1911, die Verfügung des Ber-  
liner Polizei-Präsidenten vom 13.  
Juli 1912, Entscheidungen des Amts-  
anwaltes und die Sonntagsarbeit  
der Eintastierer.

Ueber die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ist  
schon recht viel geschrieben worden, aber immer  
wieder muß festgehalten werden, daß die Unternehmer  
im Handelsgewerbe sich absolut nicht an die gesetz-  
lichen Bestimmungen halten und aus diesen Gründen  
müssen die Praktiken der permanenten Gesetzesüber-  
treter immer wieder der Offenheit überliefert  
werden.

Eine besonders hartnäckige Gruppe von Unter-  
nehmern, welche die Gewerbe-Ordnung, sowie die er-  
lassenen Bestimmungen der einzelnen Stadtverwaltun-  
gen und Polizeibehörden offensichtlich nicht beachten  
und deren Angestellte jeden Sonntag bewußt die Ge-  
setze übertreten, sind die Inhaber der Credit-  
oder Abzahlungsgesellschaften, einige Näh-  
maschinenfirmen, die Mehrzahl der Herren  
Zahnärzte und Dentisten, sowie einige  
Schneidemeister, welche Möbel, Waren, Gar-  
dinen, Steppdecken, Nähmaschinen, falsche Zähne und  
Kleidungsstücke auf Teilzahlung liefern.

Durch die seitens der Berliner Branchenleitung  
eingesetzten Sonntagsruhe-Ueberwachungs-Kommissionen,  
können wir beweisen, daß die genannten Unternehmer  
die Gesetze bewußt und mit Wüch übertritten, um  
zu erreichen, daß die fälligen Wochenraten möglichst  
am Sonntag hereingeholt werden und sie ihren Profit  
an einem Tage einfahren können. Weiter erpart  
man die Anstellung von festen Eintastierern und  
außerdem die Beiträge zur Krankenkasse und Zwi-  
sicherungsversicherung. Also, die permanente Gesetzesüber-  
tretung „bringt etwas ein“ und lediglich aus diesem  
Grunde müssen die festangestellten Eintastierer sowohl  
als auch das Heer von Sonntagskassierern auch heute  
noch an jedem Sonntage 8 bis 10 Stunden ununter-  
brochen arbeiten.

Wir können heute wiederum berichten, daß wir  
auf unseren Kontrollgängen an den letzten Sonnt-  
agen die Wahrnehmung machen konnten, daß fast  
alle in Frage kommenden Geschäfte, von größten  
bis zum kleinsten, nicht nur während der verbotenen  
Zeit von 8-10 Uhr, sondern sogar während der  
Kirchzeit von 10-12 Uhr kassieren liegen und wenn  
man nun den einen oder den anderen Kollegen  
darauf aufmerksam macht, daß er doch in der ver-  
botenen Zeit nicht arbeiten dürfe, dann bekommt man  
die prompte Antwort: „Ich muß meine Tour  
erledigen und Montag früh möglichst  
viel Geld abliefern, handelsliche ent-  
gegengesetzt, so gefahrde ich meine  
Stellung.“ Kuriose Antworten geben die Sonntags-  
kassierer der kleineren Firmen: „Wenn wir  
nicht den ganzen Sonntag kassieren,  
geht das Geschäft zu Grunde.“ Die  
Schlafburichen sind wochentags nicht  
anzutreffen.“ Unsere Kundschaf be-  
steht aus Arbeitern, da bekommen wir  
an Wochentagen kein Geld mehr.“  
Solche faulen Ausreden werden gebraucht, um die  
Notwendigkeit der Sonntagsarbeit zu begründen. Wir  
aber sagen klipp und klar, lediglich um der Profit-  
luft der Arbeitgeber willen, müssen die Eintastierer  
an den Sonntagen 8-10 Stunden frohnden, nur um  
das Geld für die ganze Woche an einem Tage einzu-



Gloam wegen Gewerbegehens vermag ich nicht einzuschreiten.

Der Geschäftsführer Siegfried Schragenheim hat dem Kassierer Karl Seiffert verboten, während der Sonntagsruhe seinem Geschäft nachzugehen. Unwiderlegbar hatte Seiffert außerhalb der verbotenen Ruhezeiten genügend Zeit zur Erledigung seiner Geschäfte. Wenn er trotzdem während der Hauptkirchenszeit tätig war, so ist hierbei eine Schuld des Verantwortlichen nicht ersichtlich.

Also auch in diesem Falle ist der Verantwortliche unschuldig. Vielleicht besitzt Herr Schragenheim die Freundschaft und erleidet die dem Kassierer Seiffert übertragene Last einmal in den erlaubten 2 Stunden, er wird dann gleich feststellen, daß dies unmöglich und er infolgedessen mitentschuldig an der Gesetzesübertretung des Kassierers Seiffert ist.

Nach diesen drei Entscheidungen ist also nicht der Firmeninhaber oder dessen Vertreter der Gesetzesübertreter, sondern der Kassierer und demzufolge dürften wir nicht gegen die Firmen vorgehen, sondern müßten gegen unsere eigenen Kollegen Anzeige erstatten. So will es der Amtsanwalt.

Wir werden uns aber durch einige Entscheidungen dieser Art nicht betriegen lassen, sondern bei den nächsten Anzeigen der Amtsanwaltschaft die richtigen Fingerzeige geben. Solange die Firmeninhaber Sonntagslöhne von 150—250 Mk. von ihren Angestellten verlangen, welche nur Sonntagskassierer beschaffigen, denselben 60—100 Kundenkarten zum Inlaß ausgedehnt werden und dieselben 50 Pf. wolle 40—70 Mark zusammenholen müssen, solange ist nicht der Kassierer, sondern der Firmeninhaber bzw. sein Vertreter der Gesetzesübertreter, denn nach der Gewerbeordnung und den Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe genügt es zur strafbaren Handlung, wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter die Befähigung zu läßt und nicht hindert.

Dies müßte auch die Amtsanwaltschaft wissen und dementsprechend handeln. Nicht der Kassierer ist der Gesetzesübertreter, sondern der Arbeitgeber, welcher vom Kassierer verlangt, daß er am Montag früh eine „große Kasse“ bringen muß.

Soffentlich behandelt der Reichstag recht bald den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Gesetzes betr. Einführung der völligen Sonntagsruhe und beschließt dieselbe einmütig. Es müßte aber dann gleichfalls die Freitagslohnzahlung gesetzlich festgelegt werden, damit auch ein jeder Einzelne dann am Sonnabend seine Einkäufe besorgen und die Herren Kreditgeschäftsleute am Sonnabend ihre faule Kundschaft besorgen lassen könnten.

Unsere Kollegen Kassierer stehen aus den Entscheidungen der Amtsanwaltschaft wieder einmal, wohin der Kurs geht und wie es mit der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen aussteht. Es gilt, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Wenn die Amtsanwaltschaft den Gesetzen keine Geltung verschaffen will oder kann, dann müssen wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen und uns die vorenthaltenen Rechte erkämpfen. Darum ist es die heiligste Pflicht aller Kassierer, jetzt einzutreten in die Berufsorganisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Branche der Kassierer und Kassentoten. Nur wenn wir einmütig unsere Stimme erheben, werden wir auf die Erfüllung unserer Wünsche rechnen können. Sinein in den Verband, muß unsere Parole in den nächsten Wochen sein, jeder organisierte Kollege muß einen Mitkämpfer gewinnen, damit wir unsere Reihen verdoppeln und so durch unsere geschlossene Kampfschar unseren Forderungen Geltung verschaffen können.

Berlin. Die fällige Monatsversammlung der Hausdiener und Packer aus der Textilbranche wurde am Sonntag, den 12. Januar, abgehalten. Der Grund, daß die Versammlung auf einen Sonntag verlegt wurde, war, den Kollegen mal Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig mit ihren Familien näher kennen zu lernen. Vorgelesen war ein Vortrag des Genossen Sidermer über das Zusammenwirken der Männer und Frauen in der Arbeiterbewegung, nachdem gemüthliches Wesenommen. Der Vortragende verhandelt es ganz besonders, die Aufmerksamkeit der Anwesenden, besonders die der Frauen auf sich zu lenken. Seine treffenden Ausführungen überzeugten außerordentlich. Besonders den Frauen legte er ans Herz, daß es heute schon um vieles anders sein könnte, ja schon sein müßte, wenn sie ihre Männer unterstützen würden wie es notwendig wäre, in erster Linie kommt hier die gewerkschaftliche und politische Organisation in Betracht, dann aber auch die Genossenschaft. Hier ist durchaus notwendig, daß beide, Mann und Frau, Hand in Hand arbeiten, der Mann hat die Pflicht, die Frau dahingehend aufzuklären, soweit das noch notwendig ist; die Frau dagegen darf den Mann in dieser Beziehung nicht allzubübel Schwierigkeit bereiten, sie wird vor allem ihren Lebensunterhalt nur da laufen, wo sie weiß, daß der überlebende Teil wieder den Mitgliedern zu gute kommt, also auch ihr, das ist die Konsumgenossenschaft. Nehmer fordert die Anwesenden auf, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten und gibt der Ansicht Ausdruck, daß, wenn alle Anwesenden danach handelten, endlich das Ziel erreicht werden wird, was sich die organisierte Arbeiterchaft gesteckt hat. Die Versammlung gab ihr Einverständnis durch reichen Beifall kund.

Kollegen, nun der Besuch der Versammlung war ein leidlicher zu nennen, aber hätte bedeutend besser sein müssen, diejenigen Kollegen, die sich darum bemüht hatten, den erschienenen Kollegen und ihren Angehörigen etwas zu bieten, sahen sich sehr enttäuscht und das mit Recht.

Kollegen, hier an dieser Stelle muß und kann es ruhig mal gesagt werden, in Zukunft kann es nicht so bleiben, es muß anders werden, jeder einzelne von uns muß es versprechen, mehr wie bisher dafür einzutreten, daß unsere Versammlungen in

Zukunft mehr besucht werden, und dazu gehören auch die mit Frauen.

Leipzig. Der Bevollmächtigte unserer Verwaltungsjahre, Kollege Sängeraub, mußte sich am Sonntagabend wegen fünf Flugblätter verantworten, die er während des verfloffenen Buchhändlermarktfestfreits verfaßt hatte. In ihnen hatte die Staatsanwaltschaft Beleidigung der Arbeitswilligen und Unternehmer sowie Verurteilung erlitten, nachdem die Unternehmer der Anlagebehörde das Material mit dem Antrag auf Strafverfolgung übergeben hatten. In den Flugblättern wurden die Kollegen angefordert, nicht zu Verrätern an der Arbeiterfrage zu werden. Die Kollegen möchten die schmachvolle Zumutung zurückweisen, in dem von den Unternehmern frivolo vom Zaun gebrochenen Kampf Mäusereidienste zu leisten. Weiter wurde in den Flugblättern erklärt, die Scharmacher schämten sich ihrer Handlungsweise und sie stellen deshalb die Wahrheit über die Lage der Marktfestler und über den Gang der Verhandlungen auf den Kopf, indem sie unwahre Berichte an die Zeitungen und ihre Kundschaft versendeten. Sie hätten es mit der Erhaltung des Friedens nicht ehrlich gemeint. Die Unternehmer hätten zu dem gemeinsten Mittel gegriffen, und 25 Jahre lang im Geschäft tätige Arbeiter brutal auf die Straße geworfen und wissentlich verschwiegen, daß die Arbeiter sich einem Schiedspruch unterwerfen wollten. In einem der Flugblätter waren die Namen und Adressen der Arbeitswilligen angegeben mit der Aufforderung, mit diesen Leuten nicht in Berührung zu treten, weil nach ihrer Behauptung der Leipziger Meistern Nachrichten Befähigungen von Arbeitswilligen vorgekommen sein sollten.

Kollege Sängeraub schilberte zunächst, wie er trotz der geringen Zugeständnisse (zum Teil nur 10 Pfennige Lohnerhöhung für die Woche) doch seinem Versprechen gemäß in der Versammlung der Kollegen die Annahme empfohlen hatte mit der Bemerkung, ein Sperling in der Hand sei besser als die Taube auf dem Dach; aber die Kollegen hätten das Anerbieten als einen Hohn empfunden und es abgelehnt. Die Unternehmer hätten daraufhin 10 Prozent der älteren Arbeiter ausgeperrt. Dies hätte die jüngeren Arbeiter veranlaßt, solidarisch für die Älteren einzutreten und zu streiken. Daß die Unternehmer den Kampf gewollt haben, hätte eins ihrer Blätter glatt zugegeben. Die Appelle, nicht zu Verrätern zu werden, waren an die Mitglieder der Organisation gerichtet; die Arbeiter hätten nicht als ihre Ehre und Solidarität, womit sie zusammengehalten werden, während die Unternehmer mit Schwelgerei und pekuniären Schädigungen arbeiten.

An dieser Stelle entrieffte sich der Amtsanwalt gar gewaltig. Er wies diese Zusammenstellung als eine „große Beleidigung“ der Unternehmer zurück und protestierte energisch dagegen. Aber der Vorsitzende erklärte, daß er nichts Klügenswertes in der Beleidigung des Angeklagten finden könne und selbst die Schöffen blüden verwundert zu dem zornigen Herrn hinüber; der sich vom Verteidiger Dr. Marschner noch sagen lassen mußte, es sei ihm wahrscheinlich noch nicht bekannt, daß die Unternehmer mit Sichtwechseln arbeiten. Der junge Herr Amtsanwalt, der in der letzten Zeit als der berufene Streitalfessor fungiert, ergab sich nunmehr in sein Schicksal und ließ nur noch mit hochrotem Kopf auf seinem Platz.

Zum Beweise für den Vorwurf der unehrlichen Kampfesweise der Unternehmer legte Sängeraub mehrere Zirkulare vor, in denen falsche Angaben über die Lohnverhältnisse gemacht und von den „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter gesprochen wurde. Was endlich die in dem einen Flugblatt angegebenen Namen der Streikbrecher angeht, so erklärte Sängeraub, daß dieses Flugblatt gut gewirkt habe, denn seit dieser Zeit sei keine Anzeige wegen Streibergehens mehr erfolgt.

Der Amtsanwalt vertrat die Ansicht, daß „hypothetische“ Überlegungen vorlägen in der Mahnung, nicht zum Verräter zu werden. Sogar den Ausdruck „unschöne Handlungsweise“ fand er bereits beleidigend. Es handle sich um eine wohl vorbereitete Aktion, um „ägendes Gift zu verpflügen“. Demgegenüber wies der Verteidiger darauf hin, daß der Arbeiter wie der andere Stand seine besondere Ehre habe. Der organisierte Arbeiter halte es mit seiner Ehre unvereinbar, Arbeitswilligendienste zu verrichten. Bezeichnend sei, daß kein Arbeiter sich verletzt gefühlt habe, die Antragsteller seien die Unternehmer. Dem Angeklagten hände dort, wo formelle Beleidigungen vorliegen, das Recht der Wahrung berechtigter Interessen zur Seite. Der Verteidiger beantragte Freisprechung.

Das Schöffengericht verurteilte den Kollegen Sängeraub wegen Beleidigung und Vergehens nach § 153 der Gewerbeordnung zu sechs Wochen Gefängnis. Eine mündliche Begründung zu geben, ersparie sich der Vorsitzende, angeblich wegen Mangels an Zeit. Wie schnell die Streikjustiz arbeiten kann, beweist auch die Tatsache, daß das Gericht bereits in 10 (zehn) Minuten mit dem Urteil fertig war.

Leipzig. „Beleidigung“ von Arbeitswilligen. Der Buchhändlermarktfestler A. äußerte während des Lohnkampfes im vergangenen Herbst gegenüber einem Mitstreikenden, auf die Streikbrecher könne man mit Fingern zeigen. Hierdurch fühlten sich zwei gerade vorüberkommende Arbeitswillige, der 62 Jahre alte Schlosser Kronemann und der 18 Jahre alte Hausbürche Roth, beleidigt, da Herr Voltmar, dessen Mäusereiger sie spielten, ihnen gesagt hatte, sie bräuchten sich nichts gefallen zu lassen, denn die Polizei stehe ihnen bei. Sie riefen einen Schuhmann zu Hilfe. Vor Gericht gaben sie zu, daß A. keinen Versuch gemacht habe, sie ins Lager der Streikenden zu ziehen. Aber der Herr Amtsanwalt legte sich trotzdem eifrig ins Zeug, den

§ 153 der Gewerbeordnung anzuwenden, und zwar ausdrücklich nur deshalb, um den Angeklagten ins Gefängnis zu bringen. Das Schöffengericht erkannte dagegen nur auf eine einfache Beleidigung und verurteilte den Angeklagten zu 40 Mk. Geldstrafe.

Leipzig. Die im Buchhandel, in Buchbindereien und Papiergeschäften sowie in Druckereien und graphischen Anstalten beschäftigten Berufscollegen hielten am 17. Januar im Volkshaus ihre Sektionsversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Sektionsleiter einen Rückblick über die Kämpfe in unserer Sektion vom verfloffenen Jahre. In ausführlicher Weise schilderte der Redner noch einmal die Ursachen sowie den Verlauf des Kampfes im Buchhandel. Durch die ungenügenden Zugeständnisse der Unternehmer auf eine Vertragsdauer von sechs Jahren zeigten dieselben von vornherein, daß es ihnen nicht ernst um die Erhaltung des Friedens im Gewerbe zu tun war. Es erschien ihnen die Zeit gekommen zu sein, wo sie den unbehaglichen Mahner der Organisation nun endlich einmal los werden konnten. Denn daß sie den Kampf wollten, zeigten ihre wochenlangen Vorbereitungen schon vor Ablauf des alten Vertrages. Da die Arbeiter nun sich nicht ohne weiteres buchten und die gestellten Bedingungen der Unternehmer annahmen, so wendete man das brutale Mittel der Aussperrung an und warf Arbeiter, die bisher jahrzehntelang in den Betrieben mit dazu beigetragen hatten, den Reichthum zu schaffen, den die Herren jetzt besitzen, schamlos auf die Straße. Daß die übrigen Arbeiter mit einem derartigen Vorgehen so ohne weiteres einverstanden sein würden, glaubten die Unternehmer wohl selbst nicht, auch hatten sie nicht mit einer derartigen Einigkeit und Geschlossenheit der kämpfenden Arbeiter gerechnet. Alle Locomotiven und Maschinen überließen an dem Zusammenhalt der Arbeiter. Auch das Verhalten der Polizei, welche sich bei diesem Kampfe ganz besonders nicht für die Unternehmer gezeigt hat, hätte den Erfolg der Arbeiter nicht verhindern können. Ebenso wenig hätten die Massen von Arbeitswilligen, die man aus allen Winkeln zusammengeführt hatte, die vorhandene Arbeit bewältigen können, wenn nicht ein Helfer in der Not den Unternehmern Mäusereidienste geleistet hätte, nämlich die Herren Geßlein. Diese „Mitarbeiter“, die sonst nicht genug von Standesbewußtsein saßen, hätten hierbei einmal Gelegenheit gehabt, dasjenige, was wirklich in die Tat umzusetzen und die ihnen zugemutete Marktfestarbeit energisch zurückzuweisen, aber dazu fehlte den Herren der Mut. Nicht genug damit, daß sie sich sofort über die von den Marktfestlern stehengebliebene Arbeit stürzten, hielten sie es noch für eine besondere „Ehre“, die Herren Arbeitswilligen truppweise in die Betriebe zu transportieren und gemeinsam mit diesen Elementen Streitarbeit zu verrichten. Einige davon, welche sich hierbei besonders hervorgetan haben, sollen sogar mit „Prämien“ dafür belohnt worden sein. Die Unternehmer haben bei diesem Kampf ungeheure Summen von Geld aufgewendet, ein Beweis dafür, daß es sehr gut möglich gewesen wäre, die minimalen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Nach Beendigung des Kampfes glaubten die Unternehmer nun den Arbeitern ihre Schuld fühlen lassen zu müssen. So wurde der Austritt aus der Organisation verlangt, schwarze Listen verfaßt und durch Merkmale in den Zeugnissen der Versuch gemacht, den Arbeitern in ihrem weiteren Fortkommen hinderlich zu sein. Hier wäre ein reiches Feld für unsere Behörden zur Betätigung, um diese Herren wegen ihres Vorgehens zur Verantwortung zu ziehen, aber unsere Staatsanwälte haben ja alle Hände voll mit Streikprozessen der Arbeiter zu tun und können sich um bezwähliche Sachen wirklich nicht kümmern. Wenn die Unternehmer aber nun glauben, mit derartigen Mitteln die Organisation und ihre Bestrebungen aufzuhalten, so beweisen sie höchstens damit, daß sie von der Arbeiterbewegung recht wenig verstehen und in Zukunft noch viel lernen müssen. Derartige Unternehmer aber, die mit solchen Mitteln vorgehen, haben für die Zukunft das Recht erworben, von der Arbeiterorganisation nach anfänglich behandelt zu werden, das mögen sich die Herren hiermit befaßt sein lassen.

Die Herren Arbeitswilligen wurden nun ebenso, wie sie während des Kampfes truppweise in die Betriebe hineintransportiert wurden, nach Beendigung desselben auch wieder hinaustransportiert und haben somit den wohlverdienten Fußtritt für die geleisteten Verräterdienste erhalten. Unter denjenigen aber, die man noch gnädigst behalten hat, befinden sich auch noch solche, die den Unterschied zwischen Meim und Dein nicht unterscheiden können. So wurde erst kürzlich ein derartigst nützlich Element bei der Firma R. F. Köppler direkt von der Arbeit weggeholt und jetzt einem der „treuen“ Arbeiter seine Jubiläumslöhne von einem „Auchkollegen“ aus der Tasche in der Garderobe gestohlen. Das solche Sachen gerade dieser Firma — von welcher der Inhaber Vorsitzender des Unternehmerverbandes ist — passieren müssen, rührt uns sehr und sprechen wir hiermit Herrn Köppler unser tiefstes Weidell aus.

Ein recht erbaulicher Streit ist in letzter Zeit unter den Herren Unternehmern über die Errichtung einer Paket-Bestellanstalt entstanden. Dabei interessiert uns weniger der Punkt um die neue Einrichtung, die damals als eine wahre Erlösung für den gesamten Buchhandel gefeiert wurde und die nunmehr ein so unglückseliges und zeitiges Ende gefunden hat, sondern vielmehr einige recht interessante Wahrheiten über ein paar Großpatistaliten im Leipziger Buchhandel, die uns ja vordem auch schon bekannt waren, aber nunmehr durch Unternehmer vollständig bekämpft worden sind. Das hierbei in voller Offenlichkeit von einem Unternehmer Angelegt wurde, wie bei allen derartigen Gelegenheiten so auch hierbei einige



Großunternehmer ihre eigenen Interessen dabei berücksichtigen wahrzunehmen, mag den Herren vom Vorstand des Buchhändler-Gilfsverbandes nicht angenehm sein.

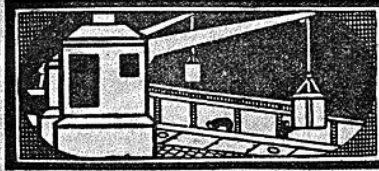
Außer dem Kampf im Buchhandel schilderte der Redner noch die verschiedenen Differenzen mit Unternehmern in unserer Sektion sowie die beiden Streiks in den Buchbindereien von Hoff, Sief u. Co. und Hübel u. Dent. Die letztere Firma, welche fast ein Jahr lang verschleierte Mattscheiter unter dem bestehenden Tarif entlohnte, mußte erst durch halbtagelangen Streik dazu gezwungen werden, den Vertrag anzuerkennen. Als Strafe dafür, daß die Arbeiter ihr Recht gefordert hatten, setzte die Firma acht Tage vor Weihnachten mehrere Kollegen auf das Straßen-

pflaster, angeblich wegen Arbeitsmangels. Darunter befanden sich zwei Arbeiter, die 22 und 13 Jahre in dieser Firma tätig waren. Vor dem Tarifschiedsgericht erklärte der Unternehmer dieser Firma, daß diese beiden Arbeiter in ihren Arbeiten minderbewertig gewesen seien. Auf die Frage, warum dieselben dann so lange Jahre beschäftigt worden wären, erklärte derselbe Herr, daß er sie aus Mitleid solange behalten hätte. Ein recht eigenartiges Mitleid von dieser Firma. Bisher war dieser Unternehmer bei der Arbeiterschaft immer als ein sehr arbeiterfreundlicher Arbeitgeber bekannt, was wohl nach diesem Vorgehen nicht mehr gesagt werden kann.

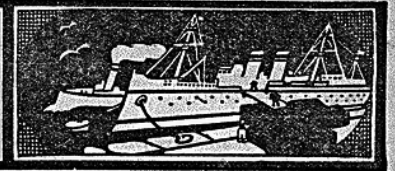
Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Dann wurde der Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung vom verflossenen Jahre erstattet. Hierbei ist mitzuteilen, daß infolge der großen Anzahl von Differenzen und Bewegungen innerhalb unserer Sektion, 11 Versammlungen, 75 Besprechungen und 13 Sitzungen abgehalten werden mußten. Nach kurzer Diskussion über die gemachten Ausführungen erfolgte die Neuwahl von 7 Kollegen zur Sektionsleitung.

Nachdem der Vorsitzende zum Schluß noch darauf hingewiesen hatte, daß unsere Sektion im verflossenen Jahre eine ganz beträchtliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen hatte, schloß derselbe mit einem Appell an die Kollegen auch im neuen Jahre so tätig zu sein, die gut besuchte Versammlung.



# Hafenarbeiter



**Hamburger Schleifendreher.** Der Bericht der Hamburger Handelskammer über das Wirtschaftsjahr 1912 gab ein strahlendes Bild der in erster Linie für die Unternehmung so außerordentlich günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Zwischen den Zeiten lag das Sonnenbeschlagen aus Freude über das gesegnete Jahr. Aber wo Licht, da ist auch Schatten, wo viel Profite, da kommen auch die raubheimigen Arbeiter und stören das Idyll. Dieser Sorte von Menschen ist eben nichts heilig, in völliger Verkennung ihres Daseinszweckes stellen sie sich neben die Unternehmer und verlangen in ihrem Anteil vom Segen, um — man höre nur — um als Menschen leben zu können. Als Mensch! Ja, warum das so leicht wäre. Da sind 99 pct. der Unternehmer, die viel, oft sehr viel und noch etwas mehr Geld verdienen. Und glaubt ein Mensch, daß diese „Menschen“ verstanden als Menschen zu leben? Weit gefehlt — und um die Arbeiter vor Enttäuschung zu bewahren, finden sich Leute — ebenfalls „Menschen“ — mit mehr Gewandtheit im Handgeleit als Erre im Bauch. Denn: Ehre ist nicht als ein gemakter Schild bei Reichenjäger, sagt Falstaff, und: kann man Ehre essen? Nein, und deshalb verkaufen diese „Menschen“ den andern „Menschen“ ihre Feder. Mit sauer-süßen Miene — wie ein Kaiser, der Essig geflossen hat — und süß-sauren Worten lehren sie die Arbeiter das Gloub, die „Entbehrung“ der Arbeitgeber. Allein die Arbeiter sind mit „Mundheit“ geschlagen, haben dazu noch „arge Verführer“, Heher, die sich den Bauch von Arbeitergroßhänden mästen, sagt der Mensch mit dem losen Handgeleit. So verjagt alle Milde und der „Königliche Kaufmann“ greift zum Stoa. (Das wir es nicht vergessen: Ganz so weit wie ein „Königlicher Kaufmann“ hat ein König es noch nicht gebracht. Ein nordischer König stand nur in der Nähe einer Straße mit Vorbellen, ein „Königlicher Kaufmann“ aber in im Vorbell.)

dem bekannnten Hamburger Großreeder Edm. Döhlen unterzeichnet ist. Das erklärt auch diese tendenziöse Entstellung:

Es könnte darauf hingewiesen werden, daß sowohl bei dem Streik (d. h. Aussperrung aus tollem Herrschaftsbündel, der im Verlauf des Kampfes in die Brüche ging, Red.) der Schauerleute im Frühjahr 1907 als auch bei den Ausständen von Hafenarbeitern und Schiffahrtsbeteiligten in den Jahren 1907, 1910 und 1911 wiederholt schwere Belästigungen und Mißhandlungen von Arbeitswilligen vorgekommen sind, die trotz des vorhandenen polizeilichen Schutzes die Aufrechterhaltung der Arbeit in den betreffenden Betrieben mit Hilfe von Erfahrbarbeitern, die in genügendem Umfange vorhanden waren, außerordentlich erschwerten und die betroffenen Betriebe veranlassen, zu kostspieligen Ausbühmsmaßnahmen, wie Forderung der Arbeitswilligen und Unterbringung derselben auf Schiffen u. a., zu schreiten.

Der Bericht hebt hier selbst hervor, daß die eblen Streikbrecher auf 2-Schiffen (das heißt nicht etwa Rählschiffe, sondern Logierische) isoliert wurden. Keine sterbliche Seele, die nicht vorher durchsucht war, konnte in das Landgebiet einbringen. Wer hat denn nun die Streikbrecher mißhandelt? Jedenfalls böse Menschen aus der vierten Dimension — wir Hafenarbeiter haben aber bisher an drei genug. — Das Gebäude wackelt also, flugs greift man zum Hilfsmittel aller Kontrotteure: wo die Qualität verlangt, soll die Quantität helfen. Der Bericht hat ein zweites Eisen im Feuer, als es aber auf dem Amboss kam, um zum Schwert verarbeitet zu werden, da enthielt sich das Material als Blech, das so aussieht:

„Die gleichen Erfahrungen wurden auch bei dem Holzarbeiterstreik im Jahre 1911 gemacht, wo vielfach ein Eingreifen der Polizeibehörde und eine Verfolgung von Ausschreitungen durch die Gerichte erforderlich wurde. Die in einzelnen Fällen vorgenommenen Bestrafungen konnten jedoch wegen der geringen Höhe der verhängten Strafen im allgemeinen keinen besonderen Einfluß ausüben, haben jedenfalls, insbesondere soweit sie in Geldstrafen bestanden, in keiner Weise abschreckend gewirkt. Gerade bei Gelegenheit des Holzarbeiterstreiks zeigte sich ganz besonders, mit welchen rücksichtslosen Maßnahmen von den Streikenden nicht nur gegen die Arbeitswilligen, sondern zum Teil auch gegen gänzlich unbeteiligte Gewerbetreibende vorgegangen wird. Vielfach konnten Ausschreitungen überhaupt nicht weiter verfolgt werden, da entweder die davon Betroffenen sich aus Furcht vor weiteren Nachteilen, die ihnen von den Streikenden zugestiftet worden waren, vor der Anzeige scheuten oder sich sonst mangels des Vorhandenseins hinreichender polizeilicher Organe Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Täters ergaben, schließlich auch in vielen Fällen eine Verfolgung von zweifelhaftem Erfolge schien.“

arbeiten erhöht und zudem die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erreicht. Nicht erledigt wurde für die Kollegen das Donnteygehen, Kohlentrimmen auf Seebassern, sowie der Lohn der Borleute, da die Arbeitgeber hierin kein Entgegenkommen zeigten. Für die Landstetleiteiger wurde der alte Lohnstarif am 1. September gekündigt. Mehrere Verhandlungen mit den Arbeitgebern führten zu keinem Resultat, so daß den Kollegen nichts anderes übrig blieb, als zu dem letzten Mittel, dem Streik zu greifen. Auch hier ist dann dank der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen, sowie des solidariischen Verhaltens der Maschinen, Feizer und Brauerarbeiter, der Erfolg nicht ausgeblieben. Für die Landstetleiteiger wurde der gleiche Erfolg wie bei den Schiffstetleiteigern erreicht und teilweise noch etwas mehr. Die Extraarbeiten wurden besonders geregelt. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden tritt am 1. Mai in Kraft. Weiter ist der Tarif so vereinbart, daß derselbe mit dem der Schiffstetleiteiger am 1. Oktober 1915 zusammen abläuft, so daß dann die Kollegen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinsam regeln können. Auch haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß nunmehr alle Arbeitgeber den Tarif anerkannt haben. Es fanden im Laufe des Jahres 18 Odmännerfestungen, 15 Mitgliederversammlungen, 16 Betriebsvereinbarungen, 4 Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein betreffs des Lohnstarifs, 3 Sitzungen mit demselben wegen Beschwerden der Kollegen der Hamburg-Amerika-Linie, sowie Donnteygehe, 5 Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, betreffs Abschluß des Lohnstarifs der Landstetleiteiger, 10 Termine vor dem Schiedsgericht wurden von der Branchenleitung für die Kollegen wahrgenommen und eine ganze Reihe kleinere Beschwerden wegen Nichtdurchführung der neuen Bestimmungen des Lohnstarifs wurden zugunsten der Kollegen erledigt. Die Mitgliederzahl ist trotz der Neuaufnahmen nicht sonderlich gewachsen. Während der alte Stamm der Kollegen sich gut behauptet hat, ist die Situation der neuen Mitglieder gegen früher eher höher als niedriger. Trotz der Erhöhung der Löhne wird doch vielfach unsere Braunde von den meisten hier fremd und arbeitslos zugereisten Arbeitern nur als Notarbeit bemitt, um bei passender Gelegenheit in andere Gruppen überzugehen. So findet man jetzt eine ganze Anzahl unserer früheren Kollegen in anderen Branchen beschäftigt, teils weil dort mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und andererseits auch höhere Löhne gezahlt werden und die zu verrichtende Arbeit bei weitem nicht so gesundheitschädlich und gefährlich ist, wie in unserer Branche. Der Arbeitsnachweis der Landstetleiteiger hatte im verflossenen Jahre eine bessere Beteiligung als im Jahre 1911 aufzuweisen. Arbeitslos meldeten sich 828 Kollegen, davon waren 217 Kollegen verheiratet. Vermittelt wurden 732 Kollegen. Im Arbeitsnachweis beschäftigten sich 15 Werkstellen. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Kollegen der Arbeitsnachweisfrage mehr Beachtung zuzuwenden, als dies früher der Fall war. In der Diskussion betonten mehrere Kollegen, daß das Geringe, was wir erreicht hätten, nur als Abschlagszahlung zu betrachten sei, da bis jetzt infolge der großen Konkurrenz unter den Arbeitgebern die Kesselreiteiger immer die Leidtragenden gewesen seien. Während vor zehn Jahren nur vier Arbeitgeber in der Branche vorhanden waren, seien es deren jetzt 28, die alle bis jetzt dabei noch nicht verheimert sind. Vor allem sei es notwendig, besser an der Organisation festzuhalten, damit wir auch in Zukunft zu jeder Zeit gestärkt seien. Weiter betonten mehrere Kollegen, daß die Arbeitgeber in einigen Betrieben zu sehr an Leuten sparen, um auf diese Weise die Lohnreiteiger wieder weitzumachen. Auch die Extraarbeiten würden vielfach jetzt gar nicht ausgeführt. Es würde die Ausrede gemacht, daß sei nun zu kostspielig, oder es lohne sich nicht. Beiläufig der Sonntagsgararbeit müßte notwendig Neubaur geschaffen werden, denn so wie die Arbeitszeit jetzt in den einzelnen Werkstätten innegehalten werde, sei es in den meisten Fällen ausgeschlossen, die Arbeit zur Zufriedenheit der Betriebsleiter fertigzustellen. Auch versuchen einzelne Arbeitgeber jetzt, Kollegen im Laufe des Tages anzunehmen und dann nur Stundenlöhne zu zahlen. Beiläufig der Sonntagsgararbeit erklärte Dreuer, daß in dieser Sache zurzeit eine Klage am Gewerbegericht anhängig sei. Sobald diese erledigt ist, werden wir in einer späteren Versammlung dazu Stellung nehmen und dementsprechende Beschlüsse fassen. Weiter müssen unter allen Umständen der Tarif hoch gehalten und diejenigen Arbeitgeber beunruhigt werden, die den

Der Stoa ist also da: er findet sich im Bericht der Hamburger Handelskammer. Welche Krüge uns zugebracht sind, geht aus folgendem Absatz aus dem Bericht hervor:

„Die Handelskammer ist in Uebereinstimmung mit ihrer Industrie-Kommission zu dem Vorschlage gekommen, zu empfehlen, daß die jetzt im § 153 der Gewerbeordnung enthaltene Bestimmung in das Strafgesetzbuch übernommen wird, und zwar in folgender Fassung: „Wer es unternimmt, andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung, durch Verurteilung oder durch Beschädigung oder Verhinderung von Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitszeugnissen oder Arbeitsutensilien zu bestimmen, an Verabredungen oder Vereinigungen zum Verufe der Aenderung der Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel an dem Austritt von solchen Verabredungen oder Vereinigungen zu hindern, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, soweit nach den sonstigen Strafbestimmungen nicht eine höhere Strafe eintritt. Als ein hiernach strafbares Unternehmen ist insbesondere auch das planmäßige Übernehmen von Arbeitgebern (soll heißen Profiteure Red.), Arbeitnehmern (also Arbeiter, gemeint sind wohl die Streikbrecher Red.), Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserstraßen, Häfen und sonstigen Verkehrsanlagen anzusehen.“ — Gleichzeitig ist untersucht worden, inwieweit allgemeine strafrechtliche Bestimmungen, wie diejenigen über Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung, Beleidigung, Verurteilung u. a., auf Streikauschreitungen in Anwendung gebracht werden können. Aus Grund der dabei gemachten Feststellungen ist für einzelne der erwähnten Delikte in Vorschlag gebracht worden, daß, soweit deren Verfolgung nur auf Antrag erfolgt, hier- von eine Ausnahme gemacht werden möge, wenn ein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht. — Schließlich ist noch, da die Regelung der Angelegenheit dringlich erscheint, vorgeschlagen worden, daß nicht mit den erforderlichen Gesetzesänderungen bis zum Abschluß der Reform des Strafgesetzbuches gewartet, sondern so bald wie möglich vorgegangen werde. Da bereits seit Jahren in den beteiligten gewerblichen Kreisen die Herbeiführung eines hinreichenden Schutzes der Arbeitswilligen (soll Streikbrecher heißen, Red.) als dringendes Bedürfnis empfunden wird, muß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die gemachten Vorschläge baldigst geprüft und zu einem den Interessen von Industrie, Handel und Verkehr förderlichen Abschluß gebracht werden.“

Damit unseren Kollegen kein Zweifel bleibt, woher der Wind weht, so mitteilt, daß der Bericht von

Allo gemeinet hat sich kein Ueberfallener, aber — was liegt näher als dieser Schluß — aus Furcht... Und der Verfasser des Berichtes ist ein ehrenwerter Mann, das sind sie alle: alle ehrenwert... Daß sich Schwierigkeiten ergaben bei der Feststellung der Novidys, daß deshalb in vielen, sehr vielen Fällen von einer Verfolgung abgesehen wurde, ist zweifellos richtig. Vor Gericht entpuppten sich nämlich die Novidys als Unternehmer und die überfallenen „Arbeitswilligen“ als — streitende Holzarbeiter. Eine Verfolgung lohnte sich wirklich nicht.

Fabenscheitiger kann ein „Material“ nicht gut ausgeben. Es ist beinahe ebenso fadenförmig, wie der Bericht der Handelskammer über diesen Punkt fäbig. Die Arbeiter werden den allen, schädigen Winden ausgesetzt, daß keine Motte am Leben bleibt — und sei sie so geschäftstüchtig und fett, wie ein Hamburger Reeder.

**Hamburg. Branche Kesselreiteiger.** Mitglieder- versammlung am 9. Januar. Dreuer gibt einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Branchenleitung während des vergangenen Jahres. Das Jahr 1912 war für die Hamburger Kesselreiteiger ein ziemlich erfolgreiches und sehr bewegtes Jahr, galt es doch den im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifvertrag nicht nur zu erneuern, sondern auch materielle Vorteile für die Kollegen zu erreichen. Der Teil des Schiffstetleiteigerlohnstarifs wurde durch Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein neu geregelt und dem Lohnstarif der Schiffstetleiteiger gleichgestellt. Dies bedeutete für die Schiffstetleiteiger nicht nur einen bedeutenden Fortschritt, sondern auch die Anerkennung einer alten Forderung. Neben diesem Erfolg wurden auch die Extra-

arbeiten erhöht und zudem die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erreicht. Nicht erledigt wurde für die Kollegen das Donnteygehen, Kohlentrimmen auf Seebassern, sowie der Lohn der Borleute, da die Arbeitgeber hierin kein Entgegenkommen zeigten. Für die Landstetleiteiger wurde der alte Lohnstarif am 1. September gekündigt. Mehrere Verhandlungen mit den Arbeitgebern führten zu keinem Resultat, so daß den Kollegen nichts anderes übrig blieb, als zu dem letzten Mittel, dem Streik zu greifen. Auch hier ist dann dank der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen, sowie des solidariischen Verhaltens der Maschinen, Feizer und Brauerarbeiter, der Erfolg nicht ausgeblieben. Für die Landstetleiteiger wurde der gleiche Erfolg wie bei den Schiffstetleiteigern erreicht und teilweise noch etwas mehr. Die Extraarbeiten wurden besonders geregelt. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden tritt am 1. Mai in Kraft. Weiter ist der Tarif so vereinbart, daß derselbe mit dem der Schiffstetleiteiger am 1. Oktober 1915 zusammen abläuft, so daß dann die Kollegen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinsam regeln können. Auch haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß nunmehr alle Arbeitgeber den Tarif anerkannt haben. Es fanden im Laufe des Jahres 18 Odmännerfestungen, 15 Mitgliederversammlungen, 16 Betriebsvereinbarungen, 4 Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein betreffs des Lohnstarifs, 3 Sitzungen mit demselben wegen Beschwerden der Kollegen der Hamburg-Amerika-Linie, sowie Donnteygehe, 5 Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, betreffs Abschluß des Lohnstarifs der Landstetleiteiger, 10 Termine vor dem Schiedsgericht wurden von der Branchenleitung für die Kollegen wahrgenommen und eine ganze Reihe kleinere Beschwerden wegen Nichtdurchführung der neuen Bestimmungen des Lohnstarifs wurden zugunsten der Kollegen erledigt. Die Mitgliederzahl ist trotz der Neuaufnahmen nicht sonderlich gewachsen. Während der alte Stamm der Kollegen sich gut behauptet hat, ist die Situation der neuen Mitglieder gegen früher eher höher als niedriger. Trotz der Erhöhung der Löhne wird doch vielfach unsere Braunde von den meisten hier fremd und arbeitslos zugereisten Arbeitern nur als Notarbeit bemitt, um bei passender Gelegenheit in andere Gruppen überzugehen. So findet man jetzt eine ganze Anzahl unserer früheren Kollegen in anderen Branchen beschäftigt, teils weil dort mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und andererseits auch höhere Löhne gezahlt werden und die zu verrichtende Arbeit bei weitem nicht so gesundheitschädlich und gefährlich ist, wie in unserer Branche. Der Arbeitsnachweis der Landstetleiteiger hatte im verflossenen Jahre eine bessere Beteiligung als im Jahre 1911 aufzuweisen. Arbeitslos meldeten sich 828 Kollegen, davon waren 217 Kollegen verheiratet. Vermittelt wurden 732 Kollegen. Im Arbeitsnachweis beschäftigten sich 15 Werkstellen. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Kollegen der Arbeitsnachweisfrage mehr Beachtung zuzuwenden, als dies früher der Fall war. In der Diskussion betonten mehrere Kollegen, daß das Geringe, was wir erreicht hätten, nur als Abschlagszahlung zu betrachten sei, da bis jetzt infolge der großen Konkurrenz unter den Arbeitgebern die Kesselreiteiger immer die Leidtragenden gewesen seien. Während vor zehn Jahren nur vier Arbeitgeber in der Branche vorhanden waren, seien es deren jetzt 28, die alle bis jetzt dabei noch nicht verheimert sind. Vor allem sei es notwendig, besser an der Organisation festzuhalten, damit wir auch in Zukunft zu jeder Zeit gestärkt seien. Weiter betonten mehrere Kollegen, daß die Arbeitgeber in einigen Betrieben zu sehr an Leuten sparen, um auf diese Weise die Lohnreiteiger wieder weitzumachen. Auch die Extraarbeiten würden vielfach jetzt gar nicht ausgeführt. Es würde die Ausrede gemacht, daß sei nun zu kostspielig, oder es lohne sich nicht. Beiläufig der Sonntagsgararbeit müßte notwendig Neubaur geschaffen werden, denn so wie die Arbeitszeit jetzt in den einzelnen Werkstätten innegehalten werde, sei es in den meisten Fällen ausgeschlossen, die Arbeit zur Zufriedenheit der Betriebsleiter fertigzustellen. Auch versuchen einzelne Arbeitgeber jetzt, Kollegen im Laufe des Tages anzunehmen und dann nur Stundenlöhne zu zahlen. Beiläufig der Sonntagsgararbeit erklärte Dreuer, daß in dieser Sache zurzeit eine Klage am Gewerbegericht anhängig sei. Sobald diese erledigt ist, werden wir in einer späteren Versammlung dazu Stellung nehmen und dementsprechende Beschlüsse fassen. Weiter müssen unter allen Umständen der Tarif hoch gehalten und diejenigen Arbeitgeber beunruhigt werden, die den



Larif nicht innehalten. In die Branchenleitung werden F. Breuer, M. Krull und W. Hempting gewählt. Als Fahnenkommission und Türkontrollkommission werden E. Michelsen, S. Lehmann und P. Hasfle gewählt. Nachdem noch einige sonstige Anfragen beantwortet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** Sektion Speditionsarbeiter. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 22. Januar. Den Jahresbericht erstattet Heinder. Es fanden Verhandlungen statt in Altona mit der Firma Antandus Hag, mit welcher ein Larif vereinbart ist, und mit der Firma „Waren-Kreditbank“, mit welcher bisher keine Einigung erzielt werden konnte. Ebenfalls fanden Verhandlungen statt mit der Firma Cohrs und Eitzen bei den Fischhallen. Während erstere Firma wie Leute nach dem neuen Satz bezahlt, drückt letztere sich darum herum. Sitzungen fanden in Altona statt: für Ostsee 3, für die Fischhallenarbeiter 6 und Betriebsstörungen ebenfalls 6. Die Getreidearbeiter hielten 19 Sitzungen ab; auch hier wurde ein Larif zum Abschluß gebracht. Für die Getreidearbeiter konnte in diesem Jahre nichts unternommen werden; mit denselben fanden 7 Sitzungen statt. Die Getreidekontrollkommission hatten ebenfalls 7 Sitzungen; diese Gruppe kam bei der diesjährigen Lohnbewegung nicht in Frage, da ihr Larif noch bis 1914 läuft. Es wurde jedoch ersucht, eine Einlage wegen der mangelhaften Beförderung zu machen. Mit den Taktelanten fanden zwei Sitzungen statt. Die Gruppe Speicherarbeiter hatte 7 Versammlungen, die Lagerhausarbeiter 13, außerdem 6 Demonstrations-, 8 gemeinschaftliche Sitzungen und 25 Branchenleitungsitzungen. Gemeindefürsorge Versammlungen fanden 10 statt. Ingesamt fand dies 119 Sitzungen, so daß man sagen kann, daß das Jahr 1912 ein arbeitsreiches war. Heinder führte noch Klage über einige Kollegen, da dieselben Gewerbegerichtshöfen nicht rechtzeitig genug beim Vorstand anzeigten. Er ersuchte, die eingereichten Klagen strikte zu Ende zu führen. An der Disziplin beteiligten sich die Kollegen Denter, Dants, Weder, Wendt, Meyer, Nutton und Wohlers. Denter wünscht, daß die Verhandlung über die Beförderung der Kontrollanten nur mit den Kontrollfirmen und der Hebergewerkschaft gepflogen werden. In den Vorstand wurden per Ullmann die vorgeschlagenen Kollegen Stahmer, Müller, Mentlin, Jordan und Heinder gewählt; in die Arbeitsnachweisungskommission Knüppel und Vortz. Als Türkontrollanten die Kollegen Weder, Wulf und Vöfel, für die gemeinschaftlichen Versammlungen Vedendorf. — Dants stellt den Antrag, zur nächsten Versammlung die Arbeitsvermittlung auf die Tagesordnung zu setzen. Dem soll entsprochen werden. Ein Antrag, ein Wintervergütigen abzuhalten, wird mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wird ein Antrag, eine Herren-tour zu veranstalten. Mit einem Appell an die Kollegen, recht tüchtig für den Verband zu werden, wird die Versammlung geschlossen.

**Ein Beitrag zur Korruption der Presse.** Die in Hamburg erscheinende „Zeitschrift“, die gern etwas in Sensation macht, legte vor kurzem einige Fäden bloß, die sein und unsichtbar von den Schiffahrtsbüros aus in den Redaktionsstuben einer gewissen bürgerlichen Presse laufen. Da gibt es ein armer Redakteur jahraus, jahrein bei Alkoholfest und Ehre und bläst Trübsal, weil es ihm nie vergdnt sein wird, diesen oder jenen herrlichen Punkt der Erde zu betwenden. Da kommt plötzlich ein reißender Engel vom Himmel — meist ein jüdischer Engel — und bringt dem armen Teufel eine Karte ins Haus — eine Einladung dieser oder jener Rederei, auf ihre Kosten einen Seerauszug nach diesem oder jenem Erdenparadies mitzumachen. Wenn zur Informierung natürlich. Daß auch einige begreifliche Briefe geschrieben werden, ist Privat-sache des Beglückten — natürlich. Wenn aber die „Zeitschrift“ meint, daß damit die Heile- und Spelenskosten abgetragen sind, so ist sie arg auf dem Holzwege. Die Fesseln sind viel dauerhafter. Die Hafenarbeiter wissen davon ein Vieches zu singen. Wohl bei keiner Lohnbewegung hegt die bürgerliche Presse eifriger gegen die Arbeiter, als wenn die Hafnarbeiter aufwärts wollen. Die größten Fabriksigkeiten der Hafnarbeitergewaltigen, die mit Arbeiterleben und Arbeitergesundheit bezahlt werden müssen, werden in der bürgerlichen Presse totgeschwiegen. Natürlich geht das nicht auf Kommando der Hafnarbeitergewaltigen vor, so ehrlich grobdächtig ist man in jenen Kreisen nicht — aber der Erfolg ist für die Unternehmer nicht minder befriedigend.

Auf welche seine Art und Weise die Rederegewaltigen die Presse zu fesseln weiß, geht aus folgendem hervor: In der kapitalistischen Hamburger Presse wird ein Presseball 1913, Subskriptionsball, angezeigt. Man sollte meinen, das wäre eine Sache der Presseintenden, allein das wäre vorbezogen. In dem Subskriptions-ausschuß sitzt neben dem Verleger des S. F. (Neederzeitung, liberal) der Generaldirektor Wallin, neben dem Verleger des H. C. (Neederzeitung, national-liberal) Direktor Dannenberg (S.-A.-L.), neben dem Verleger der N. F. B. (Neederzeitung, halb und halb) Direktor Hedder (S.-A.-L.). Es sitzen weiter im Ausschuss Direktor Hulbermann (S.-A.-L.), Direktor Jacobs (Bantone-Linie), der De-lanante Schrammker Went, Bantondirektoren usw. Dieser Presseball wird zu den alten, neue Fäden spinnen zwischen — Schiffahrt und Presse. . .

**Lübeck.** Vor dem Gewerbegericht sollte ein für die Hafnarbeiter wichtiger Fall zum prinzipiellen Ausgang kommen. Die Entscheidung wird jedoch erst nach einem neuen Klageantrag fallen. Es handelt sich darum, wer die Ueberstunden zu bezahlen hat, wenn solche „im Interesse des Schiffes“ — also gegenüber einem Unbekannten — gemacht werden müssen. Der Hafnarbeiter Sch. arbeitete mit fünf Mann auf dem Dampfer „Oiga“. Gegen 5 Uhr wurde vom Vorarbeiter der Stauerfirma Kröplin u. Boye die Befehlung gegeben, zwei Ueberstunden zu machen. Diese waren notwendig,

weil ein Handlungsgehilfe der Firma Bishau auf die bereitstehenden Wagen hinwies, die eine Ladung aufnehmen sollten, welche noch im Schiffsrumpf lagerte. Ueberstunden ordnete er deswegen nicht an, das tat der langjährige Vorarbeiter der besagten Firma nach Rücksprache mit dem Handlungsgehilfen von F. H. Vertling. Er ordnete einfach allgemein an, es wird bis 8 Uhr gearbeitet, und diesem Wunsch hegte sich auch die Kolonne des Klägers zu fügen. Auf wessen Rechnung die Ueberstunden gemacht wurden, wurde nicht besonders gesagt. Der Stauer erklärte nun vor Gericht: sein Vorarbeiter hätte den Klagen den Leuten keine Vorschriften darüber zu machen, was sie tun sollten; wenn sie länger gearbeitet hätten, bekämen sie vom Matter des Schiffes bezahlt, vorausgesetzt, daß das Schiff „Interesse“ habe. Das sei nicht der Fall gewesen, das Schiff hätte Zeit gehabt. Die Firma Bishau, als Anehrmer, habe die Eisenbahnwagen bestellt. Die besondere Bezahlung ginge die Stauerfirma nichts an. Hätten die Leute für sie gearbeitet, würden sie auch ansichtslos bezahlen, denn dann bekämen sie das Geld vom Matter wieder erlassen. Der Stauer-mann des Schiffes stellte, weil er nicht wusste, an wen sich die 6 Mann zu halten hatten, die Befehlung aus, daß sie „im Interesse des Schiffes“ die Ueberstunden geleistet und 9 Mk. zu fordern hätten. Mit dieser Urkunde gingen die Kläger zu Vertling. Die Firma lehnte die Bezahlung ab, wie die Stauerfirma. Der Vorsitzende erklärte selbst, daß die ganze Angelegenheit äußerst dunkel liege, aber eine consequente Entscheidung bestehe. Es handle sich nicht nur um die 9 Mk., die von der Stauerfirma gern bezahlt würden, wenn die Folgen daraus nicht unabsehbar wären. Er rief dem Kläger dringend, um Kosten zu ersparen, die Klage zurückzugeben und eine neue anzufertigen. Gegen wen sich diese richten soll, gegen Vertling oder Bishau, darüber könne er majoremten Leuten keine Vorschriften machen, das müsse er selbst entscheiden. Sei er im Zweifel, solle er irgendwas eine Rechtslehre haken, etwa auf der Parade „oder sohin“ — wir übersehen, da an Gerichtsstelle nur das staatliche Institut genannt wurde, dieses Sonstoo mit Arbeitersekretariat. — Würde diese Klage erfolglos verlaufen, siehe ja immer noch die Klage gegen die Stauerfirma im Hinterrunde. — Uns dünkt, daß Salomons Urteil nicht ist im Verborgenen begraben liegt. Der Vorarbeiter von Kröplin u. Boye hatte die Ueberstunden angeordnet, diesem Befehl hatte sich — protokolllarisch festgesetzt — auch die selbständig arbeitende Kolonne Sch. zu fügen, wie der Vorarbeiter bekundete, selbst wenn seine Arbeitgeber anderer Ansicht sind. Wohin soll es führen, wenn von Arbeitern Ueberstunden verlangt werden und diese nachher von Pontius und Pilatus laufen sollen, um die sauer verdienten Groschen zu bekommen. Am 2. Dezember mußten die Ueberstunden gemacht werden, und im neuen Jahre bekommen die Arbeiter schließlich mit Ach und Krach ihr Geld. Sie haben nach vollendeter Arbeit ein Recht darauf — das ihnen selbstverständlich auch der Gerichtsvorsitzende nicht bekennt — also muß die Stauerfirma bezahlen. Wo sie die Ausgaben wieder herbeikommt, das ist nicht Sache der Arbeiter.

Das Gewerbegericht beschäftigte sich kürzlich zum vierten Male mit der Ueberstundenfrage der Hafnarbeiter. Um es vorweg zu nehmen: alle Verhandlungen verliefen ergebnislos, die Forderung des Schauer-manns Sch. gegen die Stauerfirma Kröplin u. Boye wurde abgewiesen. In der letzten Verhandlung wurde besonders Gewicht auf die Aussage des Kapitän vom Schiff „Oiga“ gelegt. Dieser gab zu Protokoll, daß die Matterfirma Vertling der hiesige Vertreter des Dorendampfers, dagegen am Schiff selbst nicht beteiligt ist. Vessler sind drei Hamburger Reder. Als Kapitän hat er deren Interessen wahrzunehmen, und ordnet deshalb Ueberstunden nur dann an, wenn diese unbedingt notwendig sind und durch diese ein Vorteil für die Reder herauspringt. Am fraglichen 2. Dezember gab er auf des Vertlingischen Handlungsgehilfen Wunsch zu, daß länger gearbeitet werden sollte, aber nur, wenn Bishau seine Leute selbst bezahle. Die Mehrkosten der übrigen Schauerleute, die für Kröplin u. Boye arbeiteten, wolle er auf seine Kappe nehmen. Diese ausdrückliche Einwendung mußte er machen, weil das Schiff Zeit genug hatte. Genau so sagte auch in der vorigen Sitzung der Handlungsgehilfe von Vertling aus. Wir erwähnten schon im letzten Bericht, daß Bishaus Vertreter entschieden bestritt, daß er die Einwilligung zum Besahen der Ertragskinnung gegeben habe. Würde diese Bedingung gefallen sein, dann hätte er vom Längereordneten abgehen. In jeder Verhandlung trat ein neues Moment hervor. Jetzt behauptete der Klagen Schauer-mann und Bishaus Handlungsgehilfe unterführt diese Ansicht, daß Vertling an dem betreffenden Abend auch für andere Vorenmitteln habe arbeiten lassen, und die Kosten dafür entrichtet habe. Ein Beweis für die Eile des Schiffes. Die Gegenpartei läßt diesen Einwand durchaus nicht gelten, vielmehr erklärt der Handlungsgehilfe Völst, diese Güter hätten vorher gelöscht werden müssen, um überhaupt erst von der Ladung Bishaus im Schiffe zu gelangen. Und Kapitän H. fügte hinzu, daß er die Kosten der anderen Schauerleute nur getragen habe, um Bishau entgegenzukommen. Der vom Stauer-mann angeführte Schein, Schauer-mann Sch. und seine fünf Leute hätten „im Interesse des Schiffes“ zwei Stunden länger gearbeitet, stelle eine allgemein übliche Rede-wendung dar; er solle nur dem Lohnherrn zum Bewußtsein dienen. Dieser unbekannt Lohnherr soll nun nach dem Ausdruck des Gerichtsvorsitzenden gesucht werden. Aus der irrtümlichen Schreibung folge noch lange nicht, daß sich auch die Rechtsverhältnisse verschoben hätten. Er enthalte wohl eine Unklarheit, auf die niemand geachtet habe, er set auch so gut wie bares Geld, nicht zu erleben sei aber aus diesem Schein, wer zur Zahlung verpflichtet sei. Um Geld daraus zu machen, müsse erst der richtige Mann gesucht werden. Vollkommene Klarheit sei auch heute

nach nicht zu erzielen gewesen. Das Gericht kam durch die Uebereinstimmung der Zeugenvernehmung vom Kapitän und Vertlings Handlungsgehilfen zur Ueberzeugung, daß sich der gegenwärtige Prozeß gegen Kröplin u. Boye nicht aufrecht erhalten lasse. Während sich im Laufe der Verhandlungen die Klage gegen diese Stauerfirma immer mehr verringert habe, biete die gleichzeitige Klage gegen Vertling nur eine Möglichkeit, könne aber auch hier nicht die Billigkeit eines Er-solges verstärken. Beide Prozesse seien ausichtslos, ermangelten der Klarheit und führten nicht zum Ziel. Daraufhin zog Schauer-mann Sch. die Klage gegen Vertling zurück, und diejenige gegen Kröplin u. Boye wurde abgewiesen. In beiden Fällen wurden die Kosten des Rechtsstreites niedergeschlagen, weil die Klagen auf eine entschuldbare Unkenntnis des Klägers zurückzuführen seien. Kröplin u. Boye seien nicht verpflichtet, die 9 Mk. zu zahlen, der Lohnherr soll gesucht werden. Dieser wurde auch indirekt dem Klagen nahegelegt, der jedoch verzichten will, gegen seine Firma zu klagen.

Die Schauerleute wollen andere Mittel ergreifen, um ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden. — In einer Versammlung der Speditionsarbeiter wurde der Beschluß gefaßt, bei den Schiffen für die Firma Vertling so lange die Rängerarbeit zu betreiben, bis die eingelagerten Ueberstunden bezahlt seien. Diesem Beschluß schloß sich eine Versammlung der Schauerleute an.

**England.** Die örtliche Exekutive der Transportarbeiter-Federation in Liverpool protestiert scharf gegen die Arbeitsverhältnisse der Hafen- und Speicherarbeiter. Das Gericht sei falsch, wonach auch den Hafenarbeitern und Speicherarbeitern der freie Sonn-abend-Nachmittag, gleich den Fuhrleuten vom letzten 1. Dezember ab, zugestanden wurde. Man solle diese Angelegenheit ruhig in die Hände ihrer Vertreter legen, die sich bemühen würden, noch vor Ende Februar eine zufriedenstellende Regelung herbeizuführen.



Berlin. Eine am 15. Jan. stattgefundene Versammlung der Abteilung Kultur des I. N. A. beschäftigte sich mit wichtigen Agitations- und Organisationsfragen. Die Funktionäre dieser Abteilung hatten sich zuvor in einigen Sitzungen sehr ernsthaft mit diesen Frage beschäftigt und wichtige Änderungen in der bisherigen Agitations- und Bildungsarbeit beschlossen. Das von diesen entworfene und zum Teil bereits durchgeführte Programm betrifft die Auswahl von guten Vorträgen, Einführung von regelmäßigen Spiel- und literarischen Abenden für die Wintermonate, Durchführung einer besseren Kontrolle der Versammlungsteilnehmer, Ausbau des Bezirksführersystems und Vermehrung der Bezirke, wodurch eine bessere mündliche Agitation ermöglicht werden soll u. a. m. Dieses Programm fand in der Versammlung volle Anerkennung und einstimmige Zustimmung. Die hieraus vorgenommene Neuwahl der Abteilungsleiter zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Abteilungsleiter E. Blümel, 2. Abteilungsleiter M. Kuring, Schriftführer R. Weidel. Zu Versammlungskontrollleuten wurden bestimmt die Kollegen E. Ritz, P. Benel und als Erztamman P. Lou. Als Bezirksführer wurden neu hinzugewählt die Kollegen Fritz Benel, Hans Blinger und Arur Elsholz. Nachdem noch auf die Wanderpartalle, unsere nächsten Veranstaltungen und die Spielabende hingewiesen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung. Unentschuldig fehlten folgende Bezirksführer: Karl Braun, Ernst Kuschel, Ernst Otterstedt, Fritz Ellik und Arur Elsholz.



**Vorna.** Das Städtchen Vorna sieht vom Bahnhof aus betrachtet gar nicht so übel aus. Die alt-mödische Heisterkaserne macht auf den Besucher den Eindruck, als wenn in diesem Orte die alten patriarchalischen Verhältnisse, unter denen sich ja alle Menschen recht wohl und alljährlich gefüllt haben sollen, noch ganz und gäbe wären. Auf der andern Seite der Stadt finden wir den schönen „Breiten Teich“ mit seiner herrlichen Insel. Um diesen Teich zieht sich eine alte prächtige Lindenallee hin, an deren linker Seite sich hinter alten Hei- und Geyererbäumen die wirklich schönen städtischen Parkanlagen befinden. Durchstreifen wir diese Anlagen, die mit ihren gepflegten Wegen zum Aufenthalt einladen, so erhalten wir beim Aufbliden ein recht trübes Bild. Ringsum sehen wir aus dem nahen Brauntöhlenterriviere hohe Schornsteine. Fast drohend ragen diese immer rauchenden Schote, daß auch hier in dem Ringen zwischen Kapital und Kleinbürgertum in allernächster Zeit das erstere den Sieg davontragen wird und daß der Eindruck, den wir beim Eintritt in dieses Städtchen erhielten, eine Täuschung war, so daß auch die in diesem Orte wohnende Arbeiterschaft gar keine Ursache hat, sich den Gedanken der Organisation zu verschließen.

Für uns Transportarbeiter kommen in diesem Städtchen circa 80 Berufsangehörige in Frage, die fast ausschließlich aus Geschäftsführern aller Branchen bestehen, denn große Handels- und Lagergeschäfte sind nicht am Plage. Ein großer Prozentsatz dieser Geschäftsführer ist bei Lohnfuhrwerkern beschäftigt, die gemischte Betriebe, mithin leichtes und schweres Fuhr-



wert zu gleicher Zeit haben. Wer das Fuhrwert kennt, weiß ganz genau, daß die Ausnutzung des Fuhrwertes in dieser Form auch eine doppelte Ausnutzung der Kutscher bedeutet, denn der Personentransport selbst, sowie das hierzu notwendige Reinigen und Putzen der Geschirre und Wagen muß in diesen Fällen meistens nur Nebenleib des Personals sein. Siehen doch vielle rüchändige Fuhrwertbesitzer noch auf den Standpunkt, daß die Kutscher bei der Ausführung von Fahrten, bei denen sie in der Höhe oder am Kutscherbock sitzen, genügend ausruhen könnten. Deshalb wird die Mittagspause nicht etwa wegen der Kutscher, sondern nur der Pferde halber gemacht. Bei den Kutschern heißt es essen und da die Pferde mit ihrem Futter nicht so schnell fertig sind, werden während der Mittagspause alle diejenigen Vorkarbeiten verrichtet, die zur Ausführung des Personentransportes notwendig sind. Diese ungerochenen Anforderungen an die Leistung der Geschirrführer wird meistens damit begründet, daß bei der Ausführung von Kutschfahrten ein schöner Pfennig Trinkgeld verdient würde. Deshalb sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Geschirrführer in Borna recht flecktaurige. Der mittelalterliche Kost- und Logiszwang mit unangenehmlichen hochpreisenden Löhnen, treibt hier noch die schönsten Mäner, sobald einige Fuhrunternehmer sich sicher nicht geschmeichelt fühlen würden, wollten wir rüchäftlos die Wohnungsbedingungen unserer Kollegen nur in hygienischer Beziehung beleuchten. Wir sind aber der Meinung, daß der Hinweis hierauf ohne Betrieb und Namen anzugeben, genügt, um eine Besserung auf diesem Gebiete herbeizuführen. Sollte unsere Mächtigkeitsnahme nicht fruchten oder uns als Schwäche ausgelegt werden, dann sind wir freilich gezwungen, diese Zustände der Öffentlichkeit zu übergeben und die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Am 19. Mai des vorigen Jahres pflanzte auch unsere Organisation ihr Banner in Borna auf. Seit diesem Tage hat sich unsere Mitgliedschaft ruhig aber immer vorwärts entwickelt, sodaß sehr berechtigte Hoffnungen vorhanden sind, daß unsere Kollegen recht bald die segensreiche Wirkung ihres Zusammenstehens in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegensehen können.

**Solzminnen (Weier).** Bereits vor einigen Jahren war es uns gelungen, hier am Orte Eingang zu finden und eine Zahlstelle zu gründen. Leider war der Erfolg aus verschiedenen Ursachen heraus kein dauernder. Jetzt ist es nun nach vieler Mühe abermals gelungen, Fuß zu fassen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es diesmal etwas besser werden. In einer am Sonntag, den 19. Januar stattgefundenen Versammlung wurde nach einem einleitenden Referate des Gauleiters die Zahlstelle als Vertrauensmann wurde der Kollege Karl Specht, Goldener Winkel 7, bestimmt. Die Versammlungen finden jeden 3. Sonntag im Monat im Gasthof zum Löwen bei Sogni statt. Der Grundstein ist nun gelegt, hoffentlich werden die Kollegen aber auch alles dran setzen, um die Zahlstelle zu halten. Bei den zum größten Teil recht mittelalterlichen Verhältnissen in unserem Berufe ist auch hier die Organisation eine dringende Notwendigkeit. Was zunächst die Lohnverhältnisse anbelangt, so werden Wochentlöhne von 15-20 Mk. und in wenigen Fällen darüber hinaus bezahlt. Dabei kann von einer geregelten Arbeitszeit keine Rede sein. Vom frühen Morgen bis in die finstere Nacht hinein muß geschäftet werden, ohne daß es regelmäßige Pausen gibt. Eine Bezahlung der Ueberstunden kennt man in keinem Betriebe. Weiter wird auch die Nacht- und Sonntagsarbeit, letztere dehnt sich oft über den ganzen Tag aus, nicht besonders bezahlt. Da nun auch, mit Ausnahme der Weier, die Lebenshaltung genau so teuer, ja zum Teil noch teurer, wie in der Großstadt ist, führen unsere Kollegen zum übergroßen Teile ein trauriges Dasein. Die Wohnungen sind oftmals in geradezu erbärmlichem Zustande. Fast durchweg sind die Frauen der Kollegen gezwungen, um nur einigermaßen durchzukommen, mitzuarbeiten. Von einem geregelten Familienleben kann dabei keine Rede sein. Das sind Zustände, die dringend der Aenderung bedürfen. Leider gibt es trotzdem noch Kollegen, die von der Organisation nichts wissen wollen. Sie sehen in ihrem Arbeitgeber noch ihren Herrn und Gebieter. Sie glauben, mit den Bräutlingen, die von ihrer Herren Lische fallen, zufrieden sein zu müssen. Wenn auch die Zahl solcher Kollegen keine allzugroße ist, so stehen sie doch einem Fortschritt hindernd im Wege. Unsere Aufgabe muß es sein, auch diesen Kollegen das Evangelium der Befreiung zu verkünden. Auch ihnen muß begreiflich gemacht werden, daß die Organisation auch für sie eine Wehr und Waffe, eine Hilfe in allen Lebenslagen ist. Wenn alle Kollegen mit dem nötigen Ernst an die Auffklärung herangehen, wird dieses Ziel auch erreicht werden.

Darum, Kollegen, mit festem Mute an die Arbeit und der Erfolg ist uns sicher.

Die **Wäufige Transportarbeiter-Federation von Austra** wird über 30 000 Mitglieder umfassen. Ist der Zusammenschluß der verschiedenen Organisationen im Transport zu Wasser und zu Lande erst einmal zustande gekommen, dann besteht die Möglichkeit, daß sich die Mitgliedszahl sehr schnell außerordentlich erhöht. Wir wünschen unseren Berufskollegen in Austra den besten Erfolg zu dem so notwendigen Zusammenschluß.

Die **Fuhrleute in Sawwood (England)**, welche der Amalgamat Carlitz, Rurren, und Motormen's Union angehören, fordern eine Lohnerhöhung von 2 Schilling die Woche.

In **Rotterdam** ist ein partieller Streik der Fuhrleute ausgebrochen. Der totale Verein zählt 800 Mit-

glieder. Die Fuhrleute fordern 15 bzw. 16 Fl. pro Woche, das ist 1 Fl. mehr, und eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

## Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Altenburg, S.-A.** Am 12. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Jahresbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1912 12 Vorstandssitzungen, 1 Erwählung, 8 Mitgliederversammlungen und 4 Generalversammlungen abgehalten wurden. Die Mitgliederversammlungen, waren durchweg mäßig besucht, die Kollegen sind trotz schriftlicher Einladung, nicht in die Versammlungen zu bringen. Einige Versammlungen beschäftigten sich mit der Ueberweisung der bei uns organisierten Bauhilfsarbeiter und Bergarbeiter in deren Berufsorganisationen. Daß die Interessen dieser Kollegen in ihren Organisationen besser gewahrt werden können als bei uns, darüber besteht wohl kein Zweifel, trotzdem kostete es viel Mühe, dieselben zu überzeugen, daß eine einheitliche Organisation viel mehr zu leisten imstande ist. Lohnbewegungen haben im verflochtenen Jahre nicht stattgefunden. Vorträge zur Belebung und Auffklärung unserer Kollegen sind 2 gehalten worden. Da im nächsten Jahre der Tarifvertrag in den Fuhrbetrieben abläuft, ist es nötig, schon in diesem Jahre mit den Vorkarbeiten zu beginnen.

Dem Bericht unseres Kassierers wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Es war eine Jahresrechnung von 10 090,36 Mk. zu verzeichnen, dem eine Ausgabe von 8834,93 Mk. gegenüber steht. In die Hauptkasse wurden abgeführt in bar 1910,30 Mk. In Wechseln 4997,20 Mk. Der Mitgliederbestand ist trotz der vielen Ueberweisungen etwas gewachsen. Es ist nun Aufgabe der Ortsverwaltung im neuen Geschäftsjahre eine kräftige Agitation zu entfalten. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Föhning, 2. Vorf. Kaufschuch, 1. Kassierer Meib, 2. Kassierer Käpfer, Schriftführer Tuch. Als Revisoren die Kollegen Pajch, Krummhör und Erler. In den Ausschuß die Kollegen Th. Fupner, Saube und Frau Lorenz. Als Kartellbelegierte die Kollegen Föhning und Tuch. Die Beschwerdef Kommission bleibt bestehen wie im Vorjahr.

Nach Erledigung innerer Angelegenheiten erfuhr der Vorsitzende die Kollegen auch in diesem Jahre an der Entwicklung der Organisation mit allen Kräften mitzuarbeiten. Hierauf ist Schluß der Versammlung.

**Bauhen.** Am 6. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Trotz schriftlicher Einladung war der Gauleiter nicht erschienen und wünschig die Kollegen, daß Bauhen in Zukunft vom Gauleiter mehr bearbeitet wird. Zunächst wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Den Kassierbericht erteilt Kollege Jb. Einlassung des Kassierers findet nicht statt, da die Rechnungen von den Revisoren noch nicht geprüft sind. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 55 Mann. Es wurde beschlossen, jeden 4. Mittwoch im Monat eine Mitgliederversammlung abzuhalten, welche etwa noch durch Handzettel bekannt gemacht wird. Auch wird ein Verhandlungsstempel eingeführt, womit jeder Besuch der Versammlung im Mitgliedsbuche abgestempelt wird. Mehrere Kollegen stellen Anträge betreffs der rüchständigen Zahler, welche einstimmige Annahme fanden. Auch werden verschiedene Lokale verlassen, welche als Einkassierstelle zu meiden sind. Kollege S. fordert zum Abnimmern der „Vollsetzung“ auf. Er erklärt, daß nur diese unsere Interessen vertritt und sonst keine andere. Wir rufen den Kollegen zu, sich an den Versammlungen noch mehr zu beteiligen und nicht hinter dem Ofen oder am Bierisch Klageleder zu singen. Kollege W. weist nochmals auf unser Wintervergüngen hin und hofft auf regen Zuspruch. Hierauf folgt Schluß der Versammlung.

**Bernburg.** Am 4. Januar fand unsere diesjährige 1. Generalversammlung statt. Die Zahlstelle hat sich auf 194 Mitglieder erhöht. Es ergibt sich daraus, daß ein gut Stück Arbeit geleistet ist. Der Kassierbericht ist auch ein sehr günstiger. Bestand am Schlusse des 3. Quartals: 609,40 Mk., an die Hauptkasse für das 4. Quartal 809,89 Mk. abgeliefert, Bestand 741,61 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt und zur Wahl der Ortsverwaltung usw. geschritten.

Sobann machte unser Gauleiter sehr interessante Ausführungen. Die Regierung wolle uns vorkäuschen, die letzte Leuerung sei nur eine vorübergehende. Alle Kategorien Arbeiter streben nach einem Ausgleich ihres Lohnes mit den heutigen Preisen. Daß wir nicht schon längst eine bessere Entlohnung unserer Arbeit erreicht haben, sei die Schuld der launen Kollegen. Referent brachte dann noch zum Ausdruck, daß die Konjunktur hier am Orte zur Zeit die denkbar günstigste sei, da doch hier in der Nähe 3 Kallwerke eröffnet werden. Dies müsse uns besonders anspornen, die noch unorganisierten Kollegen dem Verbands zuzuführen. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Besonders weisen wir noch darauf hin, daß alle Kollegen, die Anspruch auf Unterstützung oder dergl. erheben wollen, sich pünktlich bei dem Vorsitzenden, Kollegen S. Brodmüller, zu melden haben.

**Chemnitz.** Am Mittwoch, den 22. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder, worunter sich vier tüchtiche Berufsmänner befanden, in der üblichen Weise feierlich der Versammlung geehrt.

Unter Hinweis auf dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht, gab der Ortsbeamte, Kollege Mastus den Quartals- und Jahresstellenbericht, sodann in gedrängter Form einen Rück- und Ueberblick über das letzte Geschäftsjahr der hiesigen Ortsverwaltung, wobei er die marantischen Takte besonders hervorhob. Auch das letzte Geschäftsjahr, so konstatierte er, hat beachtenswerte Erfolge in bezug auf Besserstellung der Kollegen gebracht. Aber auch die Zunahme an Mitgliedern und der innere Ausbau der Organisation ist vorwärts gegangen. Allen denen, die sich an der Gewinnung neuer Mitglieder beteiligt haben und insbesondere den Funktionären wurde für ihre Betätigung im Interesse der Organisation der Dank ausgesprochen, dabei das harmonische Zusammenarbeiten, welches hierzu eine unerlässliche Vorbedingung ist, ehrend anerkannt.

Die Wahl der Ortsverwaltung, die in Anbetracht der verstorbenen Mitgliedschaft auf 15 heraufgesetzt wurde, zeltigte folgendes Resultat: Mastus, 1. Bevollmächtigter; Friedrich, 2. Bevollmächtigter; Dräger, Kassierer; Werfel, Schriftführer; Krause, Spinger, Schmidt, Engelmann, John, Glaser, Liebers, Krobe, Neubert, Kreibitz, Zimmermann. Als Neuwahlen wurden wiedergewählt: Haupt, Beher, Meinel. Nachdem der Gauvorsitzende eine Uebericht über die Tätigkeit des letzten Jahres gegeben, wurde zur Wahl der Gauvorsitzungsmitglieder geschritten und die Kollegen: Friedrich, Berger und Mastus wiedergewählt und anstelle des Kollegen Haupt, der eine Wiederwahl ablehnte, der Kollege Beher gewählt.

**Cottbus.** Am Sonntag, den 12. Januar 1913, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zunächst wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung erledigt. Eingehend sprach dann ein Kollege aus Berlin über den Fortschritt der Zahlstelle Cottbus und ersuchte die Anwesenden nach besten Kräften an dem weiteren Ausbau unserer Zahlstelle zu arbeiten. Nur Einigkeit und fester Wille bricht sich Bahn! Der Versammlungsbesuch war gut. Wenn auch nicht alle Mitglieder anwesend waren, so ist doch zu erkennen: „Cottbus regt sich!“

**Delitzsch.** Die am 12. Januar tagende Versammlung erledigte die reichhaltige Tagesordnung sehr glatt. Nach dem vom Genossen F. gegebenen Jahresbericht haben wir eine Zunahme von 10 Mitgliedern zu verzeichnen. Das Hauptaugenmerk im neuen Jahre soll darauf gerichtet werden, mehrere Hausagitationen zu unternehmen. Im vergangenen Jahre haben wir auch eine Lohnbewegung mit gutem Erfolg durchgeführt, ohne daß es zu einer Arbeits-einstellung gekommen wäre. Gegen den Kassierbericht wurde nichts eingewendet. Aus dem Kartellbericht ist besonders die strikte Durchführung des Lohnkampfes hervorzuheben, sowie die Beschlüsse der Mitarbeiterkonferenz in Halle. Die Verwaltung wird gebildet aus den Kollegen G. als Vorsitzender, als Kassierer S., als Schriftführer G. und Sp. als Revisoren und M. als Kassierbote. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, im neuen Jahr mit der doppelten Zahl Mitglieder aufwarten zu können.

**Dessau.** Am Sonntag, den 9. d. M., fand unsere ordentliche Generalversammlung statt und war von ca. 90 Mitgliedern besucht. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren die Neuwahlen der gesamten Ortsverwaltung und die Beschlußfassung über die evtl. Anstellung eines Ortsbeamten. Die Wahlen der engeren Verwaltung ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Giese, 2. Vorsitzender C. Kunze, Kassierer: Leibneder, Schriftführer: Adam. In seinem Bericht gibt der Vorsitzende bekannt, daß im abgelaufenen Jahre 27 Vorstandssitzungen und 21 Betriebsitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl ist von 360 auf 437 gestiegen. — Die Erledigung der Geschäfte im Nebenamt ist mit der Zeit immer schwieriger geworden. Deshalb sah sich der Vorstand gezwungen, Mittel und Wege zu finden, um die Anstellung eines Kollegen zu ermöglichen. Die eine Möglichkeit, sich mit Kollau zu verbinden, ist an der Kürzlichkeit der Kollauer Kollegen gescheitert. Hierauf fand ein Antrag der Verwaltung, die Beiträge um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen und den neuanzustellenden Beamten mit der Entlassung eines Teils der Beiträge zu betrauen, Annahme. Der Beschluß bedarf jedoch noch der Zustimmung des Hauptvorstandes. Durch die Anstellung eines Kollegen wird es möglich sein, den größten Teil der am Orte beschäftigten Berufskollegen zu organisieren, und somit wird die Grundlage geschaffen, erfolgreiche Lohnkämpfe zu führen. — Dann teilte der Vorsitzende mit, daß am Sonnabend, den 22. Februar, ein Vergnügen stattfindet.

**Dresden.** In der Zeit vom 8. 1. bis 16. 1. fanden 7 Branchen-Mitgliederversammlungen statt, in denen die Branchenvertreter über ihre Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahre Bericht erstatteten und die Auffstellung der Branchenvertreter für das laufende Geschäftsjahr erfolgte. Die Versammlungen waren mit Ausnahme der Marktbeserverversammlung verhältnismäßig gut besucht und verliefen sehr angenehm und interessant. Nur die Versammlung der Feinreiner nahm einen etwas lebhafteren Verlauf, weil es den Kollegen nicht einfiel, daß die Betriebsvertrauensleute auch das Recht haben, Vorschläge für die Branchenvertretung zu machen und die Wahl derselben der Branchenversammlung zu empfehlen. Bis auf die Kollegen Schneider — Marktbeser und Hugo Richter — Drohschneifer und -Chausseure, die ihr Amt niederlegten, wurden die alten Vertreter wieder vorgeschlagen. An Stelle des Kollegen Schneider wurde der Kollege Kreher und für H. Richter der Kollege Fahlbusch, Drohschneifer vorgeschlagen. Ausgeschlossen sind im ver-



gangenen Geschäftsjahr die Kollegen Jäpel, Geschäftsführer, durch Wegzug von hier und durch Tod Kollege Doelal, Kohlenarbeiter. Da das Geschäftsjahr ziemlich zu Ende war, sind Neuwahlen nicht vorgenommen worden. Jetzt sind hierfür in Vorschlag gebracht: Kollege Uhlmann, Geschäftsführer, und Kollege Klammann, Kohlenarbeiter. Die Bestätigung erfolgt in der demnächst stattfindenden Generalversammlung. In der Dreiführer- und Schaufferverammlung wurde einstimmig beschlossen, bei der Generalversammlung zu beantragen: der Brande zwei Vertreter zuzubilligen, und zwar einen Schauffeur und einen Dreiführer. Sollte dieser Antrag Annahme finden, soll als zweiter Vertreter der Kollege Gumbrecht zur Bestätigung vorgeschlagen werden.

**Quisburg.** Am 18. Januar tagte im Gambritus unsere Jahres-Generalversammlung. Aus dem Jahresbericht, den der Kollege Müller erstattete, ist zu entnehmen, daß die Unternehmer im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete ein Jahr der Hochkonjunktur erlebt haben. Besonders das Expeditions- und Seifahrtsgewerbe ist lebhaft beschäftigt gewesen, was besonders durch die Neubestellung in diesem Gewerbszweige bewiesen wird. Das Nominalkapital von 401 Aktiengesellschaften im Transport- und Verlehrsgebiete stieg von 1580,51 Mill. M. im Jahre 1911, auf 1591,74 Mill. M. im Jahre 1912. Die von diesen Gesellschaften zur Verteilung gelangenden Dividenden stiegen in der gleichen Zeit von 80,53 auf 90,01 Mill. M. Die größte Steigerung der Dividende ist bei den Schiffahrtsgesellschaften zu verzeichnen, indem sie hier von 5,6 pCt. auf 7 pCt. stieg. Alles in allem hat das Unternehmertum 1912 einen wahren Goldstrom eingehem. Für die Arbeitsflaven im Transport- und Verlehrsgebiete brachte das Jahr Entlohnungen und Entschädigungen aller Art. Trotz der guten wirtschaftlichen Verhältnisse waren Hunderte von Berufscollegen wochen- und monatelang arbeitslos. Das Unternehmertum versucht immer mehr durch die Heranziehung von ausländischen Arbeitern die hiesigen Transport- und Hafenarbeiter auszuscheiden. Der ausländische Arbeiter findet in seiner Untermis der Verhältnisse die gezahlten Löhne für auszeichnend und die Kapitalisten können ihn bedeutend mehr als den heimischen Arbeiter ausbeuten. Kommt der ausländische Hafenarbeiter einmal zur Erkenntnis der Dinge und schließt sich mit seinen Arbeitscollegen zusammen, um gegen seine Ausbeutung anzukämpfen, dann ist er stets der Gefahr ausgesetzt, aus den gütlichen Gesellen Duisburgs ausgewiesen zu werden. Unter allen diesen Umständen wird die Agitation unter den ausländischen indifferenten Berufscollegen äußerst erschwert. Im vergangenen Geschäftsjahre wurde die Agitation intensiv betrieben. 18 000 Flugblätter wurden zur Verteilung gebracht und 345 Versammlungen abgehalten. 774 Neuaufnahmen waren der Erfolg der Agitationsstätigkeit. Leider war es nicht möglich, alle Neuaufgenommenen zu halten. Die wirtliche Mitgliederbeziehung beträgt im Jahre 1912 214 Mitglieder. Dagegen stieg der Warenumsatz um 10 300 Stück. Die durchschnittliche Jahresbeitragsleistung beträgt pro Mitglied 47,5 Beiträge. Unter den obwaltenden Umständen kann das Ergebnis im allgemeinen als befriedigend angesehen werden. — Lohnbewegungen waren 5 zu verzeichnen, an denen 233 Verbündnismitglieder beteiligt waren. Zwei Bewegungen verliefen ohne Arbeitseinstellung und bei drei Bewegungen kam es zum Streik. In Tarifabschlüssen kam es bei 3 Firmen. Durch die Bewegungen erzielten 4 Kollegen eine wöchentliche Zulage von 3 M., 16 Kollegen eine Zulage von 2,50 M., 43 Kollegen eine Zulage von 2 M. und 170 Kollegen eine Zulage von 1—1,50 M. Außerdem wurden teilweise Bezahlung der Ueber- und Sonntagsarbeit, sowie Ferien für 15 Kollegen erzielt. Für 15 Kollegen konnte eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse abgefochten werden. Dies sind aber nicht alle Erfolge, die durch die Tätigkeit des Verbandes erreicht wurden. Durch den Führerstreik legten eine Anzahl von Firmen den bei ihnen beschäftigten Kollegen von selbst zu. Soweit sich dies feststellen ließ, kommen auch hier noch weit über 100 Kollegen in Frage. Auch in den Führerschaft gelang es, den organisierten Kollegen bei einigen Firmen die Akkordpreise zu erhöhen. Rechnet man alles zusammen, so ergibt sich zweifellos, daß im Jahre 1912 durch die vom Verband eingeleiteten Lohnbewegungen rund 400 Kollegen wirtschaftliche Vorteile erhalten haben. Es dürfte danach feststehen, daß 1912 über 60 000 M. an Mehrlohn für unsere Kollegen erkämpft wurden. Diese Vorteile sind einzig und allein der Mithilfe des Verbandes zuzuschreiben. Das sollen unsere Kollegen sich merken und im neuen Jahre intensiv für den Verband arbeiten, damit es uns gelingt, noch bessere Erfolge zu erzielen.

Hatten wir uns bereits im vorigen Jahre über eine etwas allzu aufdringliche Liebe der Polizei zu beklagen, so trifft das auch für das Berichtsjahr wiederum zu. Bei dem Führerstreik verteilten die Polizei und Gerichte miteinander, um unseren Kollegen das Leben fauer zu machen. Die Polizei ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, um uns etwas an Zeuge zu stören. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen in unserem Bureau waren die größten Vorkommnisse, die ihren Kampf gegen uns krönten. Allerdings sind weder die Polizei noch das Gericht auf ihre Kosten gekommen. Das, was sie suchten, fanden sie natürlich nicht. Wegen Streikvergehen und angeleglicher Beleidigungen von Arbeitswilligen und Polizeibeamten wurden 48 Kollegen zur Anzeige gebracht. Von den angezeigten Kollegen wurden 33 bestraft und 15 freigesprochen. Ueber die Bestrafen sind insgesamt 27 Monate, 3 Wochen und 8 Tage Gefängnis und 415 M. Geldstrafen verhängt worden. Polizei und Gerichte sind wahrheitsgemäß der Ansicht, durch die Verhängung der teilweise hohen Strafen

erzieherisch auf unsere Kollegen zu wirken. Diese Hoffnung dürfte allerdings eine trügerische sein.

Der Reichsschuß hat auch im Berichtsjahre eine Steigerung erfahren. Für 53 Kollegen wurde Reichsschuß gewährt. Die hierfür verausgabte Summe beträgt 1121 M. Diese Summe ist ein Beweis dafür, daß die Organisation in jeder Beziehung die Interessen ihrer Mitglieder wahrt.

Krank meldeuten sich 203 Kollegen, von denen 183 unterstützungsberechtigt waren. Soweit sich feststellen ließ, hatten sich 68 Kollegen ihre Krankheit durch Unfall zugezogen. Wiederum ein Beweis für die durchaus mangelhafte Schutzeinrichtung in unserem Berufe. Die 183 unterstützungsberechtigten Kollegen erhielten für 3051 Unterstühtungstage 3719,80 M. an Krankengeld ausgezahlt.

Die ausbezählten Unterstühtungen haben gegen das Jahr 1911 eine außerordentliche Steigerung erfahren. Ausgezahlt wurden:

Arbeitslosenunterstühtungen	240,10 M.
Krankentühtungen	3 719,80 "
Gemahregeltenunterstühtungen	480,20 "
Streikunterstühtungen	7 336,00 "
Reichsschuß	1 121,00 "
Inhaftierenunterstühtungen	860,50 "
Strafen	578,30 "
Sterbeunterstühtungen	454,55 "
Ertraunterstühtungen	232,00 "
Reisenunterstühtungen	108,00 "
<b>15 130,45 M.</b>	

Hiervon zahlte die Hauptkaffe 14 917,90 M. und die Diskaffe 216,55 M. Diese Zahlen beweisen wohl ganz etwas anderes, als was die Gegner der Gewerkschaften behaupten. Hier wird praktische Sozialpolitik im wahren Sinne des Wortes getrieben. Unsere Mitglieder müssen diese Summen benutzen und sie den indifferenten Kollegen unter die Augen halten.

Am Schluß seines Berichtes wies der Berichtstatter auf die Arbeiterzeitung hin. Er sagte, leider sei noch eine Anzahl Mitglieder Abonnenten der bürgerlichen Presse, ja, gar manchmal solcher Zeitungen, die jede Gemeinheit gegen die Arbeiterklasse gut heißen und in ihren Spalten verteidigen. Das ist einfach unerhört. Jeder, der als organisierter Transport- und Hafenarbeiter vorwärts wolle, müsse solche Zeitungen aus seiner Bekanntschaft verbannen. In das Haus des Arbeiters gehört die Arbeiterzeitung!

Mit einem Appell zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Geschäftsjahr schloß der Berichtstatter seinen mit Beifall aufgenommenen Bericht. In der Diskussion sprach der Kollege Clemens, der ebenfalls die Kollegen zur Mitarbeit aufforderte. Nachdem noch der Kartellbericht gegeben, wurden die Vorstandsahlen getätigt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als 1. und 2. Bevollmächtigter die Kollegen Gustav Sander und Johann Fansen. Zu Schriftführer die Kollegen Emil Schmitz und Peter Scholten und als Beisitzer die Kollegen E. Clemens, C. Dahmen, Hermann Kall und C. Kof. Als Kassierer fungierte der Angefellte Kollege G. Müller. Aus der Wahl der Revisoren gingen die Kollegen S. Brinks, H. Dellmann und Joh. Wolf als gewählt hervor. Die Wahl von 7 Kartellbelegierten ergab das Resultat, daß die Kollegen E. Clemens, W. Fischer, Joh. Fansen, E. Müller, C. Kof, Gust. Sander und Joh. Wolf gewählt sind. Dann schloß die Versammlung.

**Freiburg i. Schl.** Am Sonntag, den 12. Januar tagte die gut besuchte Generalversammlung. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal 1912 und der Vorsitzende den Jahresbericht. Daß unsere Zählstelle bloß um 5 männliche und 9 weibliche Mitglieder zugenommen hat, erklärt sich daraus, daß viele Kollegen zum Holzarbeiterverbande übergetreten sind. Alsdann erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, treu zum Verbande zu halten und unablässig neue Mitglieder zu werben.

**Gelsenkirchen.** In der Generalversammlung vom Sonntag, den 19. Januar gab Kollege W. zunächst den Kassenbericht. Danach betrug die Gesamteinnahme einschließlich des Kassenbestandes vom 3. Quartal 924,80 M. An Unterstühtungen wurden aus der Hauptkaffe für Arbeitslose 41,50 M., für Kranke 50 M. und 40 M. Ertraunterstühtung, aus der Diskaffe 30 M. Ertraunterstühtung und 10 M. Reiseunterstühtung gezahlt. Aus dem Jahresbericht ist erwähnenswert, daß das ganze Jahr hindurch Hausagitation betrieben wurde. Wenn auch der Erfolg noch nicht ganz befriedigte, so ist doch für die Zukunft mehr zu hoffen. Den Kartellbericht gab Kollege M. Daran anschließend wurde beschlossen, ein Wintervergnügen stattfinden zu lassen. Die Versammlung ging nunmehr zur Neuwahl der Ortsverwaltung über. Nachdem Kollege K. noch Mißstände in den einzelnen Betrieben zur Sprache gebracht hatte, erfolgte kurz darauf Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

**Halle a. S.** Generalversammlung am 21. Januar. Dieselbe war von mindestens 300 Mitgliedern besucht und nahm zuerst die verschiedenen Berichte vom 4. Quartal resp. vom Jahre 1912 entgegen. Der Jahresbericht war den Mitgliedern schon einige Tage vor der Versammlung zugestellt worden. Derselbe ist diesmal in Broschürenform mit 32 Seiten Inhalt hergestellt. An der Hand dieser Broschüre konnten die einzelnen Berichtstatter nachweisen, welche Entwicklung unser Verband seit einer Reihe von Jahren und speziell 1912 genommen hat. Des allgemeinen Interesses halber sei einiges aus den Berichten hier wiedergegeben. Im 4. Quartal stieg die Mitgliederzahl von 1929 auf 2014 und zwar waren vorhanden 1752 männliche, 116 weibliche und 146 jugendliche Mitglieder. Wochenbeiträge wurden im gleichen Quartal zusammen 24 494 geleistet. Zutreffende Kassenbestand und

den übrigen Einnahmen betrug die Gesamteinnahme 24 123,47 M. — Der Jahresabschluß für die Kaffe ergibt eine Einnahme von 60 962,83 M. Umgelegt wurden 1912 an Wochenbeiträgen 92 175 Stück. An Unterstühtungen aller Art wurden gezahlt 25 255,59 M., die Hauptkaffe erhielt in bar rund 9995 M., für Verwaltung, Agitation usw. wurden verausgabt 14 928 M. Das Lokalkassenvermögen betrug am 1. Januar 1912 = 8041 M. und am Schluß des Jahres 10 784 M. — Die Zählstelle zählte am 31. Dezember 23 Mitglieder. Die Gesamteinnahme dafür betrug 1912 = 375 M. — Der gewaltige Aufschwung unserer Zählstelle in den letzten Jahren kennzeichnet sich in bezug auf Kassenwesen wie folgt: Im Jahre 1900 bei Gründung der Verwaltungsstelle eine Einnahme von rund 984 M. und im vergangenen Jahre, wie schon gesagt, eine Einnahme von 60 963 M. Der Fortschritt der Entwicklung der Mitgliedschaft ergaben sich folgende Zahlen: 1900 = 190 Mitglieder, 1912 = 2014 Mitglieder. Wochenbeiträge waren 1900 nur 4004, 1912 aber 92 175 zu verzeichnen. Die Lokalkaffe hatte am Ende 1900 einen Bestand von 151 M. und Ende 1912 einen solchen von 10 784 M. Die Gesamtunterstühtungen betrugen z. B. nur 5185 und 1912 = 25 255 M. — Diese Entwicklung muß befriedigen, doch muß sie allen ein weiterer Ansporn zu immer intensiverer Tätigkeit für unsere Zählstelle sein. — Aus den weiteren Berichten ging hervor, daß von unserem Arbeitsnachweis im letzten Jahre 90 Stellen für fest und 103 zur Ausfülle vergeben werden konnten. In agitatorischer Beziehung ergab sich, daß insgesamt 21 Versammlungen und 409 Sitzungen, Besprechungen und sonstige Zusammenkünfte der verschiedensten Art notwendig waren, um das ganze Organisationswesen vorwärts zu treiben. — Die Bureaustätigkeit gestaltete sich sehr reamäßig. Erwähnt sei davon nur, daß an Polzeingängen 1681 Stück und an Postausgaben 3759 Stück zu verzeichnen waren. — In Lohnbewegungen und Streiks standen 1034 Berufsangehörige in 110 Betrieben. 822 Kollegen und Kollegen erzielten neben einer wöchentlichen Lohnzulage von 1777 M. zum Teil noch verschiedene andere Vorteile, wie Bezahlung der Ueberstunden, Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung der Sonntagsruhe usw. —

Bedauert wurde beim Bericht über die Mitgliederbewegung die große Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft, denn bei 901 Zugängen seien 597 Abgänge zu verzeichnen. Wenn davon auch reichlich 201 Mitglieder in andere Verwaltungsstellen abgetreten sind in andere Verbände übergetreten sind, so ergibt sich immerhin noch eine große Zahl direkter Verluste. — Gesellschaften und Anstaltungen wurden 1912 insgesamt 11 getroffen und ergaben dieselben einen reichlichen Uberschuß für die Lokalkaffe. — Die Revisoren konnten berichten, daß Bücher, Belege und Kaffe in besser Ordnung befunden worden sind und wurde die von ihnen beantragte Entlastung des Kassierers einstimmig angenommen. — Die Neuwahlen ergaben fast ausschließlich die Wiederwahl der bisher tätigen Mitglieder.

Dann wurde das Arrangement des Wintervergnügens, am 8. Februar im Volkspart ausgeführt. Den vorgelegten Projekten der Volkspartervereinerung und des Herbergebäudes wurde zugestimmt. Eine Eingabe an die zuständigen Behörden, um Schaffung eines Unterstühtungsraumes am Güterbahnhof für die dort arbeitenden Männer und Frauen, soll eingereicht werden. Mitgeteilt wurde, daß die Firma Schulze u. Birner, Weinhandlung, die auch im Volkspart und andere Arbeiterlokale ihre Ware absetzt, ihren Marktbesern bei Entlassung den Beitritt zur Organisationsverwaltung verbietet. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, in diesem Falle von betr. Firma Aufschluß zu verlangen. — Mit der Aufforderung, daß jedes Mitglied zu jeder Zeit und Stunde für die Interessen des Verbandes eintreten müsse und für die Weiterentwicklung der örtlichen Zählstelle im neuen Jahre tatkräftig mitzuwirken habe, erfolgte unter Hochrufen auf unsern Verband Schluß der wirkungsvoll verlaufenen Versammlung.

**Hamburg.** Brande Frucht- und Erntearbeiter. Mitgliederversammlung am 8. Januar. Der Jahresbericht erstattete E. Behnen, der am Schluß seiner Ausfühungen besonders darauf hinwies, daß das Organisationsverhältnis in unserer Branche in recht erfreulichem Maße sich entwickelt hat. Bedauerliches nach, daß die Zahl der Organisierten von 389 am Jahreschluß 1911 auf 589 am Jahreschluß 1912, sowie die Zahl der Jugendlichen von 11 auf 20 gestiegen sei. Wenn auch dieses starke Anwachsen hauptsächlich auf die zu Anfang des letzten Jahres stattgehabte Lohnbewegung, welche uns eine recht beträchtliche Anzahl neuer Anhänger zugeführt habe, zurückzuführen sei, so könne aber doch mit Recht konstatiert werden, daß jene fast in ihrer Gesamtheit der Fahne treu geblieben seien. Bei den hierauf vorgenommenen Neuwahlen wurden gewählt: Als erster Brandenarbeiter E. Behnen, zweiter Brandenarbeiter H. Regel, Schriftführer W. Köhler, Arbeitsnachweiskommission: J. Sontheim und R. Sab; als Fahnenträger W. Köhler und R. Balch, als Fahnenhüter C. Behnen, S. Lehnenfeldt, R. Stöwer und H. Derken, als Kontrollenre H. Lichtenfeldt, C. Schubert und H. Meyer. Hierauf schiedere W. Köhler der Versammlung einen Zusammenstoß, den er mit dem bekannten Arbeiter F. Brumm, der aus allen Fruchtschuppen und in den Reibbetrieben bekannt ist, gehabt hat. In Unvertracht der noch herrschenden Arbeitslosigkeit fand folgender Antrag einstimmige Annahme: „Solange noch trübselige



Fruchtbarbeiter vorhanden sind, ist den in Arbeit stehenden Kollegen das Nacharbeiten bei fremden Firmen verboten.“ Weiter wurde beschlossen, im Monat März für unsere Freunde ein Wintervergügen zu veranstalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten forderte Beschlüsse dazu auf, auch in Zukunft ebenso zahlreich die Versammlungen zu besuchen, wie es heute der Fall sei, worauf Schluss derselben erfolgte.

**Samm.** Am Sonntag, den 19. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Neuwahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden die Kollegen Sch. als Bevollmächtigter, F. als Schriftführer, A. als Kassierer, B. und H. als Revisoren, A., F. und H. als Kartellbegleiter. Dann gab Kollege W. den Kassenbericht. Ausgenommen wurden 7 Kollegen. Nach einer Aufforderung des Kollegen Sch., weiterhin für den Ausbau unserer Organisation zu streben, wurde die Versammlung geschlossen.

**Sirschberg.** In der Generalversammlung vom 12. Januar wurde zunächst der Kassenbericht gegeben. Die Gesamteinnahme betrug 1456,48 Mk., die Ausgabe 772,68 Mk.; jetziger Bestand der Lokalfasse 480,64 Mk. Kollege B. gab dann den Jahresbericht; derselbe zeitigte keine weitere Debatte. Es folgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Als erster Vorsitzender wurde Kollege W., als zweiter Kollege H. und als Kassierer Kollege Sch. gewählt. Schriftführer und Hilfskassierer bleiben die alten Kollegen weiter. Als Revisoren fungieren künftig die Kollegen G., Sch. und P. Nach Erledigung weiterer örtlicher Angelegenheiten erfolgte dann Schluss der Versammlung.

**Sof.** In der Generalversammlung vom 12. Januar gab der Bevollmächtigte den Jahresbericht. Danach betrug der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1911: 61 männliche und 1 weibliches, am Schlusse des Jahres 1912: 127 männliche und 8 weibliche Mitglieder, also ein Zuwachs von 73 Personen! Den Kassenbericht gab der Kassierer. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 1228,44 Mk. Es wurden ausgezahlt: Erwerbslosenunterstützung 409,37 Mk., Krankunterstützung 223,21 Mk., Notfallunterstützung 45.— Mk., Siebengeid 25.— Mk., Streifenunterstützung 119,98 Mk., Rechtschutz 16.— Mk. Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Verwaltungsmittelglieder erledigt. Der Gauleiter W. richtete dann eine ernste Mahnung an die anwesenden Kollegen, im neuen Geschäftsjahr wieder recht reger zu arbeiten, damit wir in diesem Jahre dieselben Fortschritte zu verzeichnen hätten, wie im Vorjahre. Auf Antrag des Bevollmächtigten, daß die Kollegen in Hof sich der fakultativen Unterstüzungseinrichtung anschließen möchten, wurde beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Monatsversammlung zu setzen. Der Gauleiter wird hierzu das Referat übernehmen und den Kollegen die Vorteile dieser Unterstüfung gegenüber der Privatversicherung klar legen. Nachdem der Bevollmächtigte nochmals die Kollegen ermahnt hatte, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, wurde die sehr stark besuchte und gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Seer i.** Ostfriesen. Am Sonntag, den 19. Januar fand die von 9 Mitgliedern besuchte Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Es fanden im verfloffenen Jahre 12 Mitgliederversammlungen und 13 Vorstandssitzungen statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab: Einnahme 2043,89 Mk., Ausgabe 1284.— Mk., verbleibt ein Kassenbestand von 759,89 Mk. und ein Mitgliederbestand von 224. Abwanden wurde zur Vorstandswahl geschrieben, die unter geheimem Stimmenabgabe vorgenommen wurde. Als Bevollmächtigte wurden S. Gruis und C. Brandt gewählt, als Kassierer Holz und als Schriftführer H. Kuiper; als Revisoren G. Meyer, F. Busch, H. Krämer, H. Hand und B. Wilm gewählt; als Kartellbegleiter C. Brandt, S. Gruis und H. Kuiper. Für die Arbeitsplätze am Hafen wurden 20 Männer gewählt, die das Recht haben, die Mitgliederbücher der Kollegen zu revidieren.

**Kollegen!** In dieser Versammlung konnte man wahrnehmen, daß ein guter Geist in den Reihen der Kollegen vorhanden ist. Möge dieser sich noch mehr entfalten zur gegenwärtigen Arbeit für unsere Organisation; denn nicht oder dürfen wir ruhen, bis daß wir sämtliche Kollegen, die unserer Organisation noch fern stehen, organisiert haben; das muß im Jahre 1913 unsere Parole sein.

**Meerane.** In der Generalversammlung vom 19. Januar gab der Bevollmächtigte den Jahresbericht. Ein Blick auf das Jahr 1912 zeigt, daß auch in diesem Jahr gut gearbeitet worden sei. Kassierer A. F. gab sodann den Kartell- und Kassenbericht vom 4. Quartal. Der Mitgliederbestand am Jahreschluss betrug 125 männliche und 3 weibliche, zusammen 128 Personen. Einnahme: 782,88 Mk., Ausgabe: 728,65 Mk., Kassenbestand: 54,23 Mk. In der Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen: A. als Vorsitzender, F. als Kassierer, F. als Schriftführer, G., S. und A. L. als Revisoren, A. F. und E. L. ins Kartell. Weiter wurden Mitteilungen zur Jugendfrage gemacht und bekannt gegeben, daß in der nächsten Monatsversammlung ein Vortrag: Ueber die Fahrfreiheit der Geschirrführer und Autofahrer stattfinden soll. Kollegen, in dieser Versammlung müßt ihr alle erscheinen; gilt es doch, einen Uebelsand zu beseitigen, der sich in letzter Zeit eingebürgert hat. Unsere Versammlungen finden regelmäßig jeden 3. Sonntag im Monat und zwar im Restaurant Konsum, gleich nach Arbeitschluss, statt.

**Notowales.** Unsere Generalversammlung vom 12. Januar wurde durch den Vorsitzenden eröffnet und sprach derselbe im Namen des Vorstandes seinen Dank für den zahlreichen Besuch aus, mit dem Bemerkten, die Kollegen möchten doch das ganze Jahr so reger bleiben, dann müßte es ein Belohnung sein, in der Arbeit für den Verband weiter zu kommen. Dann gab der Vorsitzende im Anschluss an die Abrechnung vom 4. Quartal seinen Jahresbericht, aus welchem folgen-

des zu entnehmen ist: Die Jahreserinnahme betrug 3131,02 Mk., die Ausgabe 3432,10 Mk. An Unterstüfungen wurden gezahlt für Arbeitslose 407,50 Mk., für Kranke 497,25 Mk., für Sterbefälle 80.— Mk., für Notfälle 15.— Mk., zusammen 993,75 Mk. Diese Zahlen sind der beste Beweis dafür, was der Verband zu leisten imstande ist und sollte schon dadurch jeder Kollege zu einer kräftigen Agitation veranlaßt werden. Der Mitgliederbestand betrug 107 Kollegen am 1. Januar 1913. Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung erledigt. Nachdem noch einige interne und geschäftliche Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

**Sangerhausen.** Am Sonntag, den 12. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Bei der Wahl der Verwaltungsmittelglieder wurden die Kollegen S. zum ersten, H. zum zweiten Vorsitzenden, N. einstimmig wieder zum Kassierer und B. zum Schriftführer gewählt. Als Beisitzer fungierten die Kollegen E., St. und D. Hierauf hielt Kollege H. einen kurzen Vortrag über das Wesen der evangelischen Arbeitervereine, der beifällig aufgenommen wurde. Mit dem Hinweis darauf, daß die Kollegen auch im neuen Vereinsjahr nach Kräften an dem Ausbau der Organisation arbeiten möchten, und der Mitteilung, daß die Mitgliederversammlungen wieder regelmäßig jeden ersten Sonnabend im Monat stattfinden, fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Am Samstag, den 18. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die sehr stark besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erhebung von dem Stuhl das Andenken folgender im Jahre 1912 verstorbenen Kollegen: Robert Deininger, Georg Keller, Jakob Wiedemann, Ernst Mar, Christian Schach, Georg Wunder, Andreas Grieber, Christian Ullrich und Karl Schäfer. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde ohne Widerspruch gutgeheßen. Unter Punkt 1 berichtete der Vorsitzende, daß der Redakteur unseres Verbandsorgans am 15. Februar in einer Versammlung der Straßenbahner spreche und am 16. in einer Versammlung der übrigen Mitglieder. Diese Mitteilung wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Aus den Berichten ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 1740 auf 2179 im Jahre 1912 gestiegen ist. Die Zahl der Neueintritte beträgt 1083, wozu noch 63 Uebertritte aus anderen Organisationen kommen. Der tatsächliche Gehalt beträgt 439 Mitglieder. In Anbetracht der Zahl der Zugänge kann der Mitgliederzuwachs nicht recht bescheiden. Die große Plakation ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Neueingetretenen, namentlich lebende Mitglieder und unter diesen wiederum die Berufsgruppe der Fuhrleute, sich nicht daran gewöhnen können, den Wohnungs- und Geschäftswechsel zu meiden. Hier wird alle Mühe der Funktionäre nur von halbem Erfolg begleitet sein, wenn sie nicht von den Mitgliedern in ihrer Gesamtheit unterstützt werden. Diese Unterstüfung besteht darin, daß die Mitglieder unter sich die schärfste Kontrolle üben. Lohnbewegungen fanden 9 mal mit 374 Beteiligten, wovon 3 durch Streit, 6 auf Grund von Verhandlungen erledigt wurden. Der erzielte Mehrlohn beträgt pro Woche 1071 Mk., pro Jahr 55 692 Mk. Die Verfürzung der Arbeitszeit beträgt pro Woche 195 Stunden, pro Jahr 10 140 Stunden. Zu diesen hauptsächlichsten Erfolgen kommen noch eine Reihe anderer wie Bezahlung der Ueberstunden, der Sonntagarbeit, der Einföhrung von Ferien usw. Die Verwirklichung der alten Forderung, Errichtung einer Fahr- und Fachschule, wurde durch die Gründung eines Fahrwulverins sehr nahe gerückt. Die finanzielle Beteiligung an diesem Verein besteht in einem einmaligen Gründungsbeitrag von 100 Mk. und in einem Jahresbeitrag von 100 Mk. Die Agitation war eine recht lebhafte, der Versammlungsbesuch ein zufriedenstellender. Versammlungen und Sitzungen fanden 308 statt. Die Eingänge an Briefen und Karten betragen 1711 Stück, die Ausgänge 8241 Stück; Flugblätter und Laufzettel gelangten rund 83 000 Stück zur Verteilung. Die Jahreserinnahme betrug 61 249,06 Mk., die Jahresausgabe 52 844,74 Mk. Das Arbeitsvermögen ist gestiegen von 4569,46 Mk. auf 8404,32 Mk., wozu noch für 2388 Mk. Inventarwert kommen. Die Zahl der verkauften Wochenbeiträge beträgt 93 010 Stück; es ist dies ein Mehr von 28 846 Stück gegenüber dem Jahr 1911. An die Hauptkasse des Verbandes wurden in bar abgeführt 24 807 Mk. An Unterstüfungen zu Lasten der Hauptkasse wurden ausbezahlt:

	1911	1912
Für Krankenunterstüfung	5228,05 Mk.	7099,24 Mk.
Arbeitslosenunterstüfung	573,90	654,25
Streifenunterstüfung	221,50	772,97
Gemahregeltenunterstüf.	13.—	—
Ertraunterstüfung	30.—	200.—
Siebengeid	485.—	765.—
Rechtschutz	338,40	208,10
Diverse Unterstüfungen aus Mitteln der Lokalfasse	191,35	403,66
Zusammen	7081,20 Mk.	10103,20 Mk.

Die Mehraufwendungen für Unterstüfungen betragen im Jahr 1912 gegenüber dem Jahr 1911 3022.— Mk. gegenüber dem Jahr 1910: 5113,90 Mk. An den Bericht selbst knüpfte sich eine wissenschaftliche Debatte nur insoweit, als der Bezirk Ludwigsburg in Frage kam. Diese wurde hervorgerufen durch die Uneinigkeit einiger Mitglieder in einem dortigen Betrieb und durch die Gründung eines gelben Vereins durch den dortigen Spektur Sturm, der dieser Sumpfpflanze den Namen „Sturmania“ verlieh. Die Ludwigsburger Mitglieder gaben schließlich eine schriftliche Erklärung ab, in welcher sie zum Ausdruck brachten, daß sie alles tun werden, um die zwischen ihnen bestehenden Differenzen zu beseitigen. Die Entlastung des Vorsitzenden und Kassierers erfolgte hierauf einstimmig.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurde die Beschwerde gegen den Kollegen Formle behandelt, die zu einer sehr erregten Debatte führte. Sein Verhalten wurde allgemein als verbandsgefährdend bezeichnet. Ein Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens wurde mit Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 18. Januar im Gewerkschaftshaus stattgefundene Generalversammlung beschließt, dem Kollegen Formle für sein Verhalten die schärfste Rüge zu erteilen und erklärt, daß, falls weitere beratliche Fälle vorkommen, müßte eine spätere Generalversammlung unweigerlich die Einleitung des Ausschlußverfahrens beantragen.“

Unter Punkt 4 der Tagesordnung: Neuwahlen, wurde der Kollege Dreher zum 1., der Kolll. Daische zum 2. Bevollmächtigten, der Kollege Sinderer zum Kassierer, der Kollege Stiebel zum 1. Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des 2. Kassierers und des 2. Schriftführers bleibt sonach der Ortsverwaltung überlassen. Ebenso einstimmig erfolgte die Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmittelglieder, die sich zur Annahme einer Wahl bereit erklärten und der neu in die Verwaltung eintretenden Mitglieder. Die Ortsverwaltung setzt sich nun außer den obengenannten aus folgenden Mitgliedern zusammen: G. Braun, F. Gebert, Ch. Heppeler, K. Jäger, J. Kaiserauer, Ch. Pitzinger, G. Med, F. Ried, K. Meier, D. Sindingler und Fr. Wödr. Die Wahl der Kartellbegleiterten und Revisoren erfolgte ebenfalls einstimmig. — Dann wurde beschlossen, die im Jahre 1913 stattfindenden Feiern wieder bei Dinkelader an Samstagabenden abzuhalten. Für die Quartalsgeneralversammlungen soll der Samstag beibehalten werden. Um in Bezug auf diesen Beschluß Mißverständnissen vorzubeugen, soll hier gesagt sein, daß Agitations- und sonstige Versammlungen für die Gruppe der Fuhrleute und Transportarbeiter nach wie vor an Sonntag nachmittagen stattfinden. Der Jahresausflug soll in diesem Jahr mit Rücksicht auf die großen Bewegungen, die geföhrt werden müssen, ausfallen. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Entwicklung der Verwaltungsfelle auch in diesem Jahr einen Gang genommen hat, wie ihn nur wenige zu hoffen wagten. Im Interesse aller Berufsangehörigen liegt es, daß diese Entwicklung auch weiter anhält. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bei allen Gruppen noch sehr verbesserungsbedürftig. Das Geld und die Not sind fährliche Gäste, die bei vorkommender Krankheit oder Arbeitslosigkeit zur Unernährlichkeit geföhren in den Familien Einbruch halten. Bei der großen Einmütigkeit, die die Mitglieder beherrscht und der überall unzeren bar zum Ausdruck kommenden Bereitwilligkeit zur Mitarbeit wird das Jahr 1913 den Verband dem dritten Tausend Mitglieder sehr nahe bringen.

Und nun Verbandsmitglieder, geht allerorts mit neuer Kraft und nicht zu brechender Energie an die Arbeit. In wenigen Monaten haben wir mehr als 2000 Kollegen im Lohntampfs stehen. Diese Kämpfe werden wir auf der ganzen Linie siegreich dann bestehen, wenn wir die bei den einzelnen Gruppen noch vorhandenen Reservisten von Nichtorganisierten unserer Kampfstrom einverleiben. Je größer die Geschlossenheit ist, desto größer die Erfolge. Seid immer eingedenk der Wahrheit, daß die Befreiung aus Knechtschaft und Lohnfährerei nur das Werk der organisierten Arbeiterkraft selbst sein kann.

**Waldenburg.** In der Generalversammlung vom 12. Januar er. gab Kollege F. den Jahresbericht. Eine Lohnbewegung konnte im verfloffenen Jahre auf Grund der örtlichen Verhältnisse nicht eingeleitet werden. Die Mitgliederzahl bleibt nach Zu- und Abgang unverändert. Was die Organisationsverhältnisse anbelangt, so sind prozentual die Haushalter und Lagerarbeiter am besten organisiert, am schlechtesten die Kustler, obwohl deren Lage die erbärmlichste ist. Nach dem Kassenbericht dalanzieren Einnahme und Ausgabe mit 2376,67 Mk. Bücher und Belege wurden in besser Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es folgte dann die Neuwahl der Ortsverwaltung. Zum Schluss wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich in Krankheitsfällen unbedingt mit dem Krankendienst beim Kassierer zu melden haben. Der Vorsitzende forderte die Umwandelnden frmer auf, von den fakultativen Unterstüfungseinrichtungen des Verbandes regen Gebrauch zu machen. Mit dem Wunsch, daß es auch im neuen Jahre vorwärts gehen möge, wurde die Versammlung geschlossen.

**Weißenfels.** In der am 12. Jan. stattgefundenen Generalversammlung erstattete die Ortsverwaltung den Jahresbericht. Der Markennach ist von 7437 Mk. im Jahre 1911, auf 9181 Mk. im Jahre 1912 gestiegen. Die Einnahme von 2723,66 1911, stieg auf 3861,79 1912. An Arbeitslosenunterstüfung wurde gezahlt 1911 204,60 Mk., 1912 287,50 Mk. Streifenunterstüfung 174 Mk. 1911, 72 Mk. 1912. Krankenunterstüfung 1911, 703,85 Mk., 1912 883 Mk. An die Hauptkasse gingen in bar ab 1911, 1571,21 Mk., 1912 1936,64 Mk.

Briefe und Karten gingen ein 1911 79, Druckfaden 42, Pakete 105. 1912, 84 Briefe und Karten, 46 Druckfaden, 114 Pakete. Ausgegeben sind 1911, 54 Briefe und Karten, 25 Druckfaden, 5 Geldsendungen. 1912 dagegen 100 Briefe und Karten, 177 Druckfaden, 6 Geldsendungen. Lohnbewegungen wurden 2 geföhrt, eine mit, und eine ohne Erfolg. Der Mitgliederbestand war am Schlusse 1911 190, dagegen 1912 202. Ausgenommen wurden 1911 85 Mitglieder, 1912 88 Mitglieder. Die Arbeitslosgenheit war trotz des hiesigen Bahndrumbaus eine nicht gute zu nennen, indem die Weißenfeler Kollegen ausgelastet wurden, und meistens Fremde eingestellt worden sind.

Hierauf wurde zur Wahl der Verwaltung geschritten. Es wurden meistens neue Funktionäre gewählt. Nur der Kassierer, Kollege Franke, wurde einstimmig wiedergewählt.

